

Neuanfang nach dem Ende des „Dritten Reiches“

aus:

Uwe Schmidt

Hamburger Schulen im „Dritten Reich“

Band 1

Herausgegeben von Rainer Hering

Beiträge zur Geschichte Hamburgs

Herausgegeben vom Verein für Hamburgische Geschichte

Band 64

S. 685–753

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

Carl von Ossietzky

Impressum der Gesamtausgabe und Bildnachweis

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar.

Open access über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press –

http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_BGH64_Schmidt

Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek – <http://deposit.d-nb.de>

ISBN 978-3-937816-74-6 (Gesamtwerk) (Printversion)

ISBN 978-3-937816-76-0 (Band 2) (Printversion)

ISBN 978-3-937816-75-3 (Band 1) (Printversion)

ISSN 0175-4831 (Printversion)

© 2010 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Covergestaltung: Benjamin Guzinski, Hamburg

Abbildung auf dem Cover: Einübung des Hitlergrußes in einer Turnhalle 1934. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Denkmalschutzamts Hamburg / Bildarchiv.

Abbildungen 1, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 18, 19: Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Schulmuseums Hamburg.

Abbildungen 2, 3, 4, 5, 6, 15, 20: Verwendung mit freundlicher Genehmigung der Landesbildstelle Hamburg / Landesmedienzentrum.

Abbildungen 16, 17: Verwendung mit freundlicher Genehmigung von Fritz Hauschild, Hamburg.

Abbildung 8: Das Johanneum am „Nationalen Feiertag“ (1936). Entwurf: St. R. Othmer, Fotografie: K. Matthies II b 1. Aus: Das Johanneum. Mitteilungen des Vereins Ehemaliger Schüler der Gelehrtenschule des Johanneums. Jg. 9, H. 35 vom 1.6.1936, S. 277. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Schulleiters, Dr. Uwe Reimer.

Veröffentlicht mit Unterstützung der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung.

Inhalt

Band 1

Editorische Vorbemerkung	9
<i>Rainer Hering</i>	
Vorwort	15
Einleitung	17
1 Der Einbruch des Nationalsozialismus in das Schulwesen der Weimarer Republik 1933	27
1.1 Das Hamburger Schulwesen bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten	27
1.2 Mensch und Bildung in der nationalsozialistischen Ideologie	39
1.3 Personalveränderungen im Rahmen der Gleichschaltung	45
2 Konsolidierung der nationalsozialistischen Schule 1933–1939	63
2.1 Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie	63
2.2 Einführung nationalsozialistischer Inhalte in die Schulen	99
2.3 Instrumentalisierung der Schulen für die nationalsozialistische Erbgesundheitspolitik	120
2.4 Nationalsozialistische Symbole, Veranstaltungen und Kampagnen	131
2.5 Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB)	153
2.6 Der Weg zur Hochschule für Lehrerbildung	187
2.7 Zentralisierung durch das Reichserziehungsministerium	201
2.8 Ausweitung des Hamburger Schulwesens durch das Groß-Hamburg-Gesetz	215
2.9 Umbenennung und Veränderung von Schulstandorten	239
2.10 Modernisierung des Berufsschulwesens	248
2.11 Der Umgang mit Privatschulen	269
2.12 Nationalsozialistische Schulbauvorhaben	288
2.13 Oberbau der Volksschule und Oberschule	298

3	Die Menschen in den Schulen	315
3.1	Schul- und Unterrichtsalltag im Nationalsozialismus	315
3.2	Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus	340
3.3	Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte	367
3.4	Die Hitler-Jugend	392
3.5	Lagerschulung als ideologisches Instrument	453
4	Schule im Krieg	477
4.1	Die Personalsituation	477
4.2	Die Verhinderung der Hauptschule	487
4.3	Die Lehrerbildungsanstalten (LBA)	503
4.4	Luftalarm und Unterrichtsausfall	523
4.5	Abgebrochene Bildungsgänge	537
4.6	Kinderlandverschickung (KLV)	562
4.7	Schule im „totalen Krieg“ 1943	605
4.8	Verfall von Leistung und Disziplin	629
4.9	Desillusionierte Jugend	654
4.10	Privatschulen	678
5	Neuanfang nach dem Ende des „Dritten Reiches“	685
5.1	Bilanz: Kriegsoffer und äußere Schäden	685
5.2	Die Wiederherstellung der Schulverwaltung	698
5.3	Die Wiedereingliederung der Lernenden	706
5.4	Entnazifizierung der Lehrenden	719
5.4.1	Schuld, Reue, Verdrängung, Rechtfertigung und Rückkehr zum Alltag	719
5.4.2	Die Konjunktur der „Persilscheine“	723
5.5	Lehrerbildung	732
5.6	Rückgriffe auf die Zeit vor 1933: Die Problematik der „Reform“	740
5.7	„Reeducation“ in den Schulen	749
6	Fazit: Der Nationalsozialismus als pädagogischer und schulpolitischer Kulturbruch	755
	Bildnachweis	767

Band 2: Anhang

1	Abkürzungen	775
2	Verzeichnis der Schulen von 1933 bis 1945	777
2.1	Volksschulen, Volksschulen mit Oberbau und Mittelschulen	780
2.2	Sonderschulen	836
2.3	Hilfsschulen	839
2.4	Oberschulen	844
2.5	Berufsbildende Schulen	858
2.6	Allgemeinbildende Privatschulen, die zum 1.10.1939 geschlossen wurden	869
2.7	Jüdische Privatschulen	870
2.8	Anthroposophische Privatschulen	871
3	Statistische Aufstellungen	873
3.1	Daten für die Jahre 1932/33, 1935/36 und 1937/38	873
3.2	Schülerzahlen von 1938	875
3.3	Entwicklung der Schülerzahlen von 1939 bis 1942/43	876
3.4	Schülerzahlen von 1942 bis 1945	876
3.5	Erweiterte Aufstellung für die Jahre von 1942 bis 1945	877
4	Quellenhinweise	879
4.1	Zahl der Schülerinnen und Schüler	879
4.2	Zahl der Lehrerinnen und Lehrer	881
4.3	Unterrichtsfach Geschichte	882
4.4	Leibeserziehung im Dienste der Wehrhaftigkeit	887
4.5	Unterrichtsfach Erdkunde	890
4.6	Unterrichtsfach Biologie	891
4.7	Unterrichtsfach Deutsch	893
4.8	Unterrichtsfach Religion	894
4.9	Instrumentalisierung der Schulen für die Rassenpolitik	894

Inhalt

5 Quellen- und Literaturverzeichnis	899
5.1 Ungedruckte Quellen	899
5.2 Literatur, veröffentlicht vor 1945	924
5.3 Literatur, veröffentlicht nach 1945	928
5.4 Periodica	961
5.5 Mitteilungen	962
5.6 Internet	963
6 Register	965
6.1 Personenregister	965
6.2 Sachregister	1021
6.3 Geographisches Register	1034
7 Abbildungsverzeichnis	1041
Der Autor	1045
Der Herausgeber	1045
Die Reihe	1046
Der Verein für Hamburgische Geschichte	1046

5 Neuanfang nach dem Ende des „Dritten Reiches“

5.1 Bilanz: Kriegsoffer und äußere Schäden

Unmittelbar vor dem Einmarsch der britischen Truppen nach Hamburg schrieb der Chronist der Hamburger Schule Altenwerder:²⁴⁷¹

„Die Vegetation ist auffallend weit fortgeschritten: Pfirsiche und Pflaumen blühen, Spinat wird im Freiland geschnitten, das Vieh ist auf die Weide getrieben, Störche sind heimgekehrt. [...] Der Feind steht vor Harburg. Artilleriefueher. Tiefflieger. Es werden Brände in den Orten Elstorf, Sinstorf, Daerstorf beobachtet. Lebensmittel und Wertsachen werden vergraben. Der Dampferverkehr von Hamburg nach Harburg wird eingestellt. Altenwerder ist ohne Strom, ohne Telefon, ohne Wasser. [...] Von Harburg bis Stade Artilleriefueher [...]. Unsere Lage gilt als hoffnungslos.“

„Der Ablauf der Ereignisse, insbesondere das Ende des Krieges, von Hitler in verbrecherischem Leichtsinu vom Zaun gebrochen“, schrieb der wieder eingesetzte Altonaer Schulleiter Peter Meyer 1945 in seiner Chronik des ersten Nachkriegshalbjahres,

„hat mir leider nur allzu recht gegeben, alle Sorgen sind in ihrer Tragweite von der Wirklichkeit noch weit uebertroffen: das Ende Deutschlands ist da! Das ist der Erfolg eines Systems, das in ungeheuerlicher Selbstueberhebung und Verblendung aus unserem herrlichen Vaterland ein einziges Leichen- und Truemmerfeld gemacht hat. Aeueerlich und innerlich ist unser Deutsches Reich vernichtet, eine ungeheure Not ist ueber deutsches Land und seine Menschen gekommen, ein unsagbarer Jammer hat die Familien zerrissen [...], bis ins Mark getroffen [...] die Grundlagen unseres Daseins ueberhaupt, das sittlich-reli-

²⁴⁷¹ StAHH, 362-3/35 Schule Altenwerder: 3 Band 5 (Fuefite Schulchronik der Schule Altenwerder 31.7.1934 bis 1949), hier: 19.-24.4.1945.

gigante Leben unseres Volkes, zerbrochen zugunsten einer sogenannten ‚NS-Weltanschauung‘. Das ist das Erbe des verbrecherischen Hitlerregiments! Statt eines ‚Herren‘-Volkes eine Herde von Sklaven ohne Würde, das ist das Bild des einst so stolzen Volkes heute!“²⁴⁷²

Diese Bilanz unmittelbar nach der Kapitulation blendet mit der Formulierung über „das Erbe“ Täter und Mitverantwortliche aus. Erst die Distanz mehrerer Jahrzehnte ermöglicht eine differenzierte Betrachtung, die das Verbrechen und seine Täter klar benennt und die zu differenzieren vermag zwischen den unterschiedlichen Graden des Mitwissens und Mittuns. Die inneren Vorgänge der Selbstinterpretation der Deutschen nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ sind Thema des 4. Abschnitts in diesem Teil der Untersuchung.

Im Langzeitgedächtnis der Deutschen markieren die zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur den gravierendsten, bisher nicht gekannten kulturellen und zivilisatorischen Kontinuitätseinschnitt der überschaubaren deutschen Geschichte.²⁴⁷³ Der „Zusammenbruch“, wie viele damals Lebende das Kriegsende nannten, gebietet auch über 60 Jahre nach dem Ende der Diktatur, erneut Bilanz zu ziehen. Aus Respekt vor den Menschen soll sie mit den Kriegsoffern beginnen: Sie umfassen alle drei an der Schule beteiligten Gruppen, Schüler, Lehrer und Eltern, doch gedenken die Schulen aus verständlichen Gründen vor allem ihrer Schüler und Lehrer, die für einen sinnlosen Zweck ihr Leben lassen mussten. Wie viele Opfer des Krieges es insgesamt waren, stellt die Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Gymnasiums Eppendorf fest,²⁴⁷⁴ ist nirgendwo festgehalten: „Im ganzen mag die Zahl der Opfer [...] 100 bis 200 betragen. Wir wissen es nicht.“ Das Wilhelm-Gymnasium nennt in seiner Liste der „Toten des Zweiten Weltkrieges“ 274 Namen, oft die Namen mehrerer Brüder einer Familie, allein aus dem 56 Schüler umfassenden Abiturientenjahrgang 1944 16 Tote und Vermisste im Alter von 18 und 19 Jahren.²⁴⁷⁵ Im Gymnasium Alstertal waren bis

²⁴⁷² Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Kopie des Manuskripts, S. 1 und 258 (StAHH, 731-1 Handschriftensammlung: Nr. 2912).

²⁴⁷³ Hierzu siehe Peter Reichel / Harald Schmid: Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945, Hamburg 2005 (Hamburger Zeitspuren 4), S. 9.

²⁴⁷⁴ Einhundert Jahre Gymnasium Eppendorf (2004), S. 95.

²⁴⁷⁵ Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1956, Hamburg 1956, S. 107–109; Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 194.

1950 die Namen von 137 Kriegsoffern, Vermisste eingeschlossen, bekannt.²⁴⁷⁶ Die „Gefallenen-Liste“ des Gymnasiums Altona aus dem Jahre 1957 enthält 199 Namen ehemaliger Schüler mit dem Schwerpunkt auf den Geburtsjahrgängen 1916 bis 1920.²⁴⁷⁷ Die Jüngsten von ihnen hatten 1942 und 1943 die Schule verlassen, waren also zum Zeitpunkt ihres Todes etwa 20 Jahre alt. 259 Opfer des Zweiten Weltkrieges, Schüler und Lehrer zusammen, verzeichnet das Bismarck-Gymnasium.²⁴⁷⁸

Rekrutiert worden für den Luftwaffenhelferdienst, den Reichsarbeitsdienst und andere nationalsozialistische Aktionen waren Schüler der Oberschulen und des Oberbaus der Volksschule, die den Geburtsjahrgängen bis etwa 1929 angehörten. Aber auch ein späteres Geburtsdatum war keineswegs eine Garantie für eine unbeschwerte Kindheit. Bei vielen jungen Menschen hatten Nationalsozialismus und Krieg ein menschliches und moralisches Chaos hinterlassen: „Mein Vater“, schreibt ein aus Pommern geflohener Abiturient der Eimsbütteler Bismarck-Oberschule 1954 in seinem Bildungsbericht über seine Situation bei Kriegsende, „war in meinem zweiten Lebensjahr gestorben. Vier Jungen waren wir, der älteste kämpfte jetzt irgendwo in Süddeutschland, der zweite war wenige Tage zuvor als Flugzeugführer gefallen, den dritten meiner Brüder mussten wir [...] beim ‚Volkssturm‘ zurücklassen.“

Ein anderer Schüler dieser Schule, dessen Vater als höherer Beamter von der Militärregierung in Neuengamme interniert wurde, geriet, auf sich allein gestellt, 1945 auf die schiefe Bahn: Ich „verwarhlte innerlich und äußerlich vollkommen, [...] blieb der Schule fern, [...] und niemand hielt mich davon ab. Die äußere Not, Hunger und Kälte“, schrieb er im Rückblick neun Jahre danach, „trieb mich zusammen mit anderen Jungen zu Handlungen, die ich heute vor meinem Gewissen nicht mehr verantworten könnte, über die ich mir damals aber wenig Gedanken machte.“

„Fast kein Schüler“, schreibt ein Abiturient des Geburtsjahrgangs 1936/1937, „hat seit dem Krieg ein ungestörtes Zuhause gekannt. Jeder Dritte (von 21) hatte keinen Vater mehr, vier haben ihre Mutter verloren, ein Junge ist Vollwaise.“²⁴⁷⁹

²⁴⁷⁶ Gerber (1950), S. 239–242.

²⁴⁷⁷ Festschrift 75 Jahre Jungen-Gymnasium Hbg.-Altona 1882–1957, Hamburg 1957, S. 65–67.

²⁴⁷⁸ 75 Jahre Bismarck-Gymnasium (1981), S. 74–75.

²⁴⁷⁹ Ebd., S. 51–52.

Auf 10.000 Menschen wird die Zahl der Hamburger geschätzt, die als Opfer rassistischer Verfolgung umgebracht wurden oder umgekommen sind. 8877 von ihnen sind namentlich bekannt,²⁴⁸⁰ unter ihnen 96 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer, die meisten von ihnen Juden.²⁴⁸¹ Die Gesamtzahl der durch Kriegseinwirkung ums Leben gekommenen Lehrer beträgt 404: 226 kamen im Kriegseinsatz als Soldaten um, 77 wurden durch Bombenangriffe getötet, 12 weitere starben im Einsatz bei Bombenangriffen, und 89 gelten als vermisst oder verschollen. Der erste kriegstote Soldat war am 4. September 1939 ein 47-jähriger Oberleutnant, Gewerbeoberlehrer an der G 9 am Steintorplatz.²⁴⁸²

Die Menschen, die den Krieg überstanden hatten, mussten sich ihr Leben in einer weitgehend zerstörten Stadt einrichten:²⁴⁸³ Von den 1,98 Millionen Einwohnern des Jahres 1938 lebte jetzt nur noch 1 Million in Hamburg, von 563.000 Wohnungen waren fast 300.000 völlig zerstört oder unbewohnbar, 90 Prozent des Hafens waren durch Kriegseinwirkung unbenutzbar geworden. Wie in der Umgebung der Eilbeker Schule Hasselbrookstraße wird es auch in anderen verwüsteten Stadtteilen ausgesehen haben: Das stehen gebliebene Schulgebäude wirkte „wie eine freundliche Oase in einer Wüste, in der geduldige und tapfere Menschen lernten zu leben und sich einzurichten. [...] Etwa 250 Kinder wohnen in Nissenhütten, Wellblechbaracken, die zu Lagern gehäuft, inmitten der Trümmerfelder liegen. [...] Etwa 160 Kinder wohnen in Kellern von Ruinen und in ausgebombten Resthäusern und Garagen“, andere lebten in winterfest gemachten Gartenlauben. Fast die Hälfte der Kinder hatte kein eigenes Bett.²⁴⁸⁴ Noch im Jahr vor der Währungsreform wohnten nur 32,8 Prozent der Hamburger Schülerinnen und Schüler mit ihren Familien in einer eigenen Wohnung, 46 Prozent

²⁴⁸⁰ Frank Bajohr: Von der Ausgrenzung zum Massenmord (2005).

²⁴⁸¹ Opfer des Faschismus aus der Hamburger Lehrerschaft, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 312–317; Opfer des Nationalsozialismus aus der Hamburger Lehrerschaft, in: „Die Fahne hoch“ (1986), S. 422–424; Randt (2005), S. 16–17.

²⁴⁸² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 245 (Liste der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Lehrkräfte u. a. 1939–1945). – Unter den Kriegstoten war auch der wegen seines Festhaltens am Christentum 1935 als Schulleiter der Luisenschule Bergedorf abgesetzte Dr. Walther Machleidt, zuletzt Studienrat an der Ofj Eimsbüttel, geboren am 15.5.1900, gestorben am 15.9.1942 „an den Folgen eines Unfalls“.

²⁴⁸³ Vgl. die Darstellung von Sigrid Wacker: Nach 1945, in: Einhundert Jahre Gymnasium Eppendorf (2004), S. 97–98.

²⁴⁸⁴ Schule Hasselbrook 1907–1982. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum, Hamburg 1982, S. 55.

hatten kein eigenes Bett. Zum Teil lebten zehn Personen in einem Raum. Wer nicht ausgebombt war, hatte in der eigenen Wohnung fremde Zwangseinquartierung und war auf engstem Raum zusammengedrängt, denn als zusätzliche Stadtmitbewohner kamen zehntausende von Flüchtlingen aus dem Osten nach Hamburg.²⁴⁸⁵ Nach Erhebungen des Fußballvereins „Neustadt St. Pauli“ unter seinen jugendlichen Mitgliedern waren von 250 Jungen 200 unterernährt, 230 kauften zusätzliche Lebensmittel auf dem Schwarzen Markt, 170 gingen regelmäßig „hamstern“, 180 Jungen schliefen mit Geschwistern in einem Bett, 30 ohne Bett auf dem Fußboden.²⁴⁸⁶

Gravierender als die äußeren Verluste an Bauten und Ausstattung, als Kälte und Unterernährung war der „innere Verfall“.²⁴⁸⁷ Unzählige Menschen, welche die ersten Jahre des Nationalsozialismus noch als eine „glückliche Zeit“ wahrgenommen hatten, hatten als Folge der nationalsozialistischen Diktatur Freiheit, Gesundheit, Heimat und Lebensglück verloren.²⁴⁸⁸ Die destruktiven Kräfte, die auf junge Menschen einwirkten, waren stärker als die aufbauenden und hatten zu einem Niedergang geführt, vor allem in geistiger, pädagogischer und religiöser Hinsicht. Kinder und Jugendliche erlebten als „Normalität“ des Alltags Langeweile, Zerstörung, Diebstahl und Schwarzhandel.²⁴⁸⁹ Fast alles, worüber Kinder sich freuen, war nicht mehr vorhanden. Spielen konnte man vielerorts nur in Trümmerhalden. Der Sinn für eine geregelte Ordnung des Lebens war weitgehend abhanden gekommen. Die furchtbaren Wohnverhältnisse führten bei geringfügigen Anlässen zu Streit und auch körperlichen Auseinandersetzungen. Sich Kohlen oder Holz zu klauen, wo man sie bekommen konnte, wurde als Kavaliersdelikt angesehen. Jugendliche in großen Scharen, aber auch Erwachsene, Frauen von Richtern und Staatsanwälten, erkletterten Kohlenzüge, um Brennmaterial zu stehlen und dieses nach Hause zu schleppen. 3200 Jugendliche wurden im Februar

²⁴⁸⁵ Kurt Zeidler: Der Wiederaufbau des Hamburger Schulwesens. Aus der Sicht eines Beteiligten, ms., Hamburg 1974, S. 16 (Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky: B/22308); ders. (1975), S. 100.

²⁴⁸⁶ Julius Gebhard, in: Die gegenwärtige Lage der Pädagogik, hg. von Fritz Blättner, Julius Gebhard und Walter Jeziorsky, Hamburg 1946 (Die Hamburger Erziehungsbewegung 1), S. 13.

²⁴⁸⁷ Gerber (1950), S. 141 in einer Bilanz über die innere Entwicklung der Schule 1933–1940.

²⁴⁸⁸ 100 Jahre Schule III – Schule Reiherstieg – Schule Fährstraße (2000), S. 18.

²⁴⁸⁹ StAAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646, zum Datum 16.11.1945.

1947 bei Straftaten ertappt, meist beim Kohlendiebstahl.²⁴⁹⁰ Öffentliche Anlagen und Parks wurden durch Abholzung geplündert, öffentliche Bänke abmontiert, um sie zu verheizen. „Wo es bei einem Volk ums Vitale geht“, resümierte Kurt Zeidler im Rückblick nach 30 Jahren, „hört die Moral auf, lösen sich alle Bande frommer Scheu. Wir waren im Begriff, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich zu verwahrlosen.“²⁴⁹¹ Dieser „Normalzustand“ verlängerte sich für Kinder und Jugendliche um fünf Monate, weil die Schulen auf Grund einer Anordnung der britischen Militärregierung vom 4. Mai 1945 bis auf weiteres geschlossen blieben.²⁴⁹²

Die Zerstörungen in der Stadt umfassten auch weite Teile des Schulwesens, äußerlich durch Vernichtung zahlreicher Schulgebäude, innerlich durch geistige und pädagogische Aushöhlung.²⁴⁹³ In einer Denkschrift der Schulbehörde aus dem Jahre 1951 werden die Kriegsschäden und -verluste quantifiziert:²⁴⁹⁴ Nur 179, das sind 39 Prozent, aller früher vorhandenen 463 Schulgebäude hatten den Krieg ohne Beschädigungen überstanden, 21 Prozent waren völlig zerstört, 26 Prozent schwer und 14 Prozent leicht beschädigt. Im inneren Stadtbereich gab es ehemalige Wohnbezirke, in denen keine einzige intakte Schule mehr vorhanden war. Damit fielen von vornherein 45 Prozent aller Schulgebäude für die Wiederaufnahme des Unterrichts aus. Demgegenüber waren ländliche Gebiete wie Altenwerder, aus dessen Schulchronik das Eingangszitat zu diesem Kapitel stammt, das Süderelbegebiet und die Vierlande, aber auch die Walddörfer, das Alstertal, die westlichen Vororte und Bergedorf weitgehend unbeschädigt geblieben. Schwer getroffen waren dagegen die 1937 an Hamburg angeschlossenen Stadtteile Altona, Harburg und Wandsbek. Unbeschädigt, das heißt benutzbar, sofern nicht fremdgenutzt, waren lediglich 145 Gebäude (39 Prozent) der Volks-, Hilfs- und Sonderschulen und 22 Gebäude (50 Prozent) der Oberschulen. Bereits seit Kriegsbeginn waren zahlreiche Schulgebäude für die Unterbringung von Dienststellen der Wehrmacht, nationalsozialistischer Organisationen, der Verwaltung und für die Arbeit von Wirtschaftsbetrieben zweckentfremdet worden. Seit 1943 wurden Schulhäuser in steigen-

²⁴⁹⁰ HE 11.4.1947.

²⁴⁹¹ Zeidler (1975), S. 101 und 16–17.

²⁴⁹² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 808.

²⁴⁹³ Lehberger: Schule (1995), S. 5.

²⁴⁹⁴ Schule in Not. Jugend und Zukunft bedroht. Denkschrift der Schulbehörde Hamburg, Hamburg 1951, S. 11–13; zitiert in: Lehberger: Schule (1995), S. 25–26.

dem Maße auch für die Unterbringung von Bombenopfern und Flüchtlingen sowie als Notkrankenhäuser und Lazarette genutzt. Schließlich beschlagnahmte auch die britische Militärregierung Schulen für ihre Zwecke.

Fremdgenutzt waren auch acht Berufsschulgebäude. Ohnehin war der Gebäudenotstand im berufsbildenden Bereich besonders groß: Hier waren nur zwölf Schulhäuser (22 Prozent) intakt geblieben.²⁴⁹⁵ Angesichts der unerlässlichen Konzentration der berufsbildenden Schulen auf die innerstädtischen Bereiche verursachte der Verlust zahlreicher großer, zentral gelegener und daher gut erreichbarer Berufsschulgebäude große Probleme: Von den gewerblichen Berufsschulen waren hierdurch die Gebäude der G 3 (Bauhandwerk, Innenausstattung; Spaldingstraße 91–93) und der G 5 (Buchdruck und verschiedene andere Berufe; Marcusstraße 32), zwei Häuser der G 9 (Schlosser und Flugmodellbau; Borgesch 1 und Bachstraße 44–46, das Gebäude der früheren Hilfsschule) sowie das für Berufsschulzwecke genutzte Gebäude der 1939 aufgelösten katholischen Schule in Wandsbek, Lärmberg 18, betroffen.

In Altona waren die beiden Schulhäuser der H 6 (Bekleidungs-Einzelhandel und zweijährige Handels- und höhere Handelsschule; Hoheschulstraße 12 und Behnstraße 22) und das Gebäude der W 4 (Hauswirtschaft und Jungarbeiterinnen; Große Westernstraße 35) zerstört, in Wandsbek die H 7 (Kaufmännische Berufsschule; Witthöftstraße 1). Zerstört waren auch die Berufsschulgebäude in Harburg, Bennigsenstraße 7, und Wilhelmsburg, Amselstraße 27. Nicht mehr existent waren die Kinderpflegerinnenschule des Fröbelseminars (Feldbrunnenstraße 46), die W 1 (Gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule; Ausschlager Weg 16) und die Schule für Frauenberufe (Brennerstraße 77). Weitere zehn Gebäude waren stark beschädigt und nur noch bedingt benutzbar, 14 leichter beschädigt. Die Mehrzahl der Berufsschulen war daher nach dem Kriege nur behelfsmäßig untergebracht und ohne Spezialräume.²⁴⁹⁶

Die Schulen wurden aufgefordert, bei der Trümmerbeseitigung zu helfen. So rief Bürgermeister Rudolf Petersen am 23. September 1946 die Kollegien sämtlicher Schulen auf, sich an einem Tage der Herbstferien für die Bergung von Trümmersteinen zur Verfügung zu stellen. Die auf diese Weise gewonnenen Steine sollten zu einem Teil der Schulverwaltung für beson-

²⁴⁹⁵ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 5205 (Raumbestand an Schulen, Mitte Mai 1945).

²⁴⁹⁶ Ebd., Bilanz der Schulverwaltung (Oberschulrat Johannes Schult) vom 8.5.1946 über die Raumsituation der Berufsschulen.

dere Aufgaben zur Verfügung stehen, zum Beispiel als Fundament von Baracken für Freiluftschulen oder zur Ausbesserung von Schulgebäuden.²⁴⁹⁷ Zehn Monate vor der Währungsreform, mit der in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die unmittelbare Nachkriegszeit abschloss, waren immer noch zwei Volksschulgebäude, ein Oberschulgebäude und fünf Berufsschulgebäude (darunter Lämmersmarkt 1) mit einer Unterbringungs-kapazität von 7000 Schülern von der Militärregierung beschlagnahmt. Der beginnende „Kalte Krieg“ wirkte sich auch auf das Schulwesen aus: So wurde die Schule Möllner Landstraße am Steenkamp in Billstedt für die Luftbrücke als Transitcamp der Royal Air Force genutzt.²⁴⁹⁸ Für die Kinder von 3500 Menschen, die im Osten Deutschlands ausgebombt worden, danach in den Westen geflohen und nun in der Nähe des Flughafens in Nissenhütten untergebracht waren, wurde am 28. August 1948 eine „Nissenhütten-Volksschule“ eröffnet.²⁴⁹⁹

Während also der für Schule und Unterricht zur Verfügung stehende Raum immer mehr zurückgegangen war, hatte sich als Folge der geburtenstarken Einschulungsjahrgänge die Zahl der Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Vorkriegsstand um 40 Prozent vergrößert. Nach Wiederbeginn des Unterrichts im September/Oktober 1945 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler der Volksschulen und der Oberschulen bis zum Beginn des Schuljahres 1947/48 um mehr als 90.000 auf 186.000, in den Berufsschulen um 20.000 auf 50.000. Da viele Menschen nach dem Juli 1943 in die Außenbezirke gezogen waren, war hier die Schulraumnot, vor allem der Volksschulen, besonders groß, denn viele Schulgebäude dienten noch als Lazarette und Hilfskrankenhäuser. Ein Viertel der Volksschüler musste im Drei-Schichten-Betrieb unterrichtet werden, einige sogar im Vier-Schichten-Betrieb. So stand zum Beispiel für die vier Bergedorfer Volksschulen nur das Gebäude der Schule Am Brink zur Verfügung, was dazu führte, dass die reale tägliche Unterrichtszeit nur eine bis eineinhalb Stunden betrug.²⁵⁰⁰ Wie sehr sich die Schülerpopulation Hamburgs vergrößert hatte, zeigt eine Aufstellung der Schulverwaltung aus dem Jahre 1947:²⁵⁰¹ Der bei

²⁴⁹⁷ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 647; StAHH, 362-10/7 Schwerhörigenschule: ungeordnete Bestände, Lehrkräfte.

²⁴⁹⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 20.

²⁴⁹⁹ Hamburger Allgemeine Zeitung 30.8.1948.

²⁵⁰⁰ Schule Ernst-Henning-Straße 75 Jahre 1910–1985 (1985), S. 41.

²⁵⁰¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 776.

weitem größte Schulkomplex Hamburgs, die beiden Schulen Am Pachthof in Horn, umfasste insgesamt 2158 Schülerinnen und Schüler. Ihm folgten in der Größenordnung der Doppelkomplex der Eimsbütteler Jahn-Schule mit 2048, die Volksdorfer Schule Im Allhorn mit 1665, die Flottbeker Schule Röbbek mit 1504, die Billstedter Schule Möllner Landstraße mit 1502, die Langenhorner Fritz-Schumacher-Schule mit 1481 und die Schnelsener Schule Frohmestraße mit 1432 Schülern. Weitere 16 Volksschulen hatten über 1000 Schüler.

Anhand der ausgegebenen Lebensmittelkarten ermittelte die Schulverwaltung die Zahl von 99.755 Schülern, davon 64.551 in der Grundschule.²⁵⁰² Zur Feststellung der Schülerzahl der Oberschulen war die Schulverwaltung auf die Mithilfe der Schulleiter angewiesen, die aufgefordert wurden, ihr Kollegium und ihre Schüler zu einem Schulappell zur Feststellung der Zahlen bis zum 29. Juni 1945 in die Schule – im Falle der Zerstörung oder Fremdnutzung des Gebäudes in Ausweichräume – zu bestellen. Da die Militärregierung hier mit der Aufnahme des Unterrichts nicht vor dem Herbst rechnete, sollten die Schüler unter Aufsicht von Lehrkräften, deren Weiterbeschäftigung die Militärregierung genehmigt hatte, bei kleinen Reparatur- und Aufräumarbeiten eingesetzt werden.²⁵⁰³

Als Schulanfänger wurden Kinder, die vom 1. Januar bis 31. März 1939 geboren waren, und bei gegebener Schulfähigkeit auch die bis zum 30. September 1939 Geborenen in der Zeit vom 4. bis zum 7. Juli 1945 bei den Grundschulen angemeldet. Ihre Einschulung, die eigentlich am 1. September 1945 hätte erfolgen sollen, wurde verschoben auf den 16. Oktober 1945.²⁵⁰⁴ Am 6. August 1945 nahmen 117 nördlich der Elbe gelegene Grundschulen mit 33.218 Schülerinnen und Schülern den Unterricht wieder auf.²⁵⁰⁵ Die seit 1943 vollzogene Abwanderung der Bevölkerung aus dem zerstörten Stadtinneren in die Randgebiete zeigte sich an den Schülerzahlen: Die größten wiedereröffneten Grundschulen waren Bramfeld (1202 Schülerinnen und Schüler), Volksdorf (843), Möllner Landstraße (840), Wel-

²⁵⁰² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370 (Wiederbeginn des Schulunterrichts 1945), Besprechung von Schulsenator Heinrich Landahl mit den Schulaufsichtsbeamten am 13.6.1945, an der auch noch der nationalsozialistische Schulrat für Berufsschulen, Richard Schlorf, teilnahm.

²⁵⁰³ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370 und 646.

²⁵⁰⁴ StAHH, 362-3/51 Schule Ernst-Henning-Straße.

²⁵⁰⁵ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 968.

lingsbüttel (779), Farmsen (688) und Ratsmühlendamm (687).²⁵⁰⁶ Die vorhandenen Schulräume reichten für die anfallenden Schülerzahlen keinesfalls aus und zwangen zu Notlösungen.²⁵⁰⁷ In Schulen des seit 1943 unbesulenen Gebietes, also in erhalten gebliebenen Gebäuden des Stadtinneren, wurden Zehnjährige des Geburtsjahrgangs 1935/36 eingeschult, die noch nie schulischen Unterricht gehabt hatten. Sechs- bis Achtjährige begannen den Leseunterricht mit einer Fibel, die von den Lehrkräften mangels Büchern „gedruckt“, also vervielfältigt, worden war. Angesichts der sehr unterschiedlichen Vorkenntnisse der „Schulwiederanfänger“ kamen Kinder, die noch nicht lesen konnten, in die 1. Klasse, auch wenn sie älter waren, wer schon lesen gelernt hatte, kam in die 2. Klasse.²⁵⁰⁸ Trotzdem fanden sich auch in höheren Klassen der Grundschule noch Schüler, die nicht lesen konnten. Generell machten sich zwei Jahre Unterrichtsausfall durch erhebliche Lücken im Wissen und Können bemerkbar.²⁵⁰⁹ Zwei Tage später konnten auch die Grundschulen südlich der Elbe schrittweise mit dem Unterricht beginnen.²⁵¹⁰

Es folgte die Wiederaufnahme des Unterrichts für die Klassen 5 bis 8 der Volksschule und des Oberbaus sowie an 33 Oberschulen vom 1. bis 3. Oktober 1945.²⁵¹¹ Das Einsetzen des Fachunterrichts richtete sich nach Kriterien politischer Unbedenklichkeit und ging daher in zeitlicher Abstufung vor sich: Zunächst durften nur Rechnen, Mathematik, Zeichnen und Turnen auf dem Stundenplan stehen, ab dem 5. November auch die Naturwissen-

²⁵⁰⁶ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370 (Wiederbeginn des Schulunterrichts 1945) und 1777 (Übersicht über die Klassen- und Schülerzahlen 1939–1945).

²⁵⁰⁷ Hierauf wies die Schulverwaltung die Militärregierung am 9.8.1945 eindringlich hin (StAHH, 131-3 Senatskanzlei – Verwaltungsabteilung: E 24). Zum Teil wurden Schulräume noch als Hilfslazarette für deutsche Verwundete genutzt, zum Teil waren, wie in der Volksschule Walddörferschule, auch noch Flüchtlinge in den Schulräumen untergebracht.

²⁵⁰⁸ Schule Hasselbrook 1907–1982 (1982), S. 57; 100 Jahre Schule III – Schule Reiherstieg – Schule Fährstraße (2000), S. 20.

²⁵⁰⁹ StAHH, 362-3/95 Schule Thadenstraße: Chronik der 14. Mädchenvolksschule der Stadt Altona, S. 156–157 (Wiederbeginn des Unterrichts der fünf Grundschulklassen der Schule Paulstraße 40–42, deren Schulhaus 1943 ausgebrannt war, im Schulgebäude Paulstraße 33–35).

²⁵¹⁰ StAHH, 430-5 Magistrat Harburg-Wilhelmsburg: 62.01-02 (Schulamt Harburg, Personal und Allgemeines 1945–1951).

²⁵¹¹ StAHH, 362-3/51 Schule Ernst-Henning-Straße: 19 (Konferenzprotokolle der Jungenschule Am Birkenhain 1936–1952); StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1 (Besprechungen Militärregierung – Schulverwaltung 1945); Walter Tormin: Die Geschichte der SPD in Harburg 1945 bis 1950, Hamburg 1995 (Forum Zeitgeschichte 4), S. 138.

schaften Physik, Chemie und Biologie. Latein, Englisch und Deutsch folgten 14 Tage darauf, die übrigen Fächer später, als letztes Fach Geschichte.²⁵¹² Am Stichtag 15. Oktober 1945 hatten aber noch längst nicht alle Oberschulen mit dem Unterricht begonnen: Von insgesamt 12.538 Schülern hatten nur 2087, also weniger als ein Sechstel, den vorgesehenen vollen Unterricht, 8222 Unterricht mit halber und weitere 2229 weniger als mit halber Stundenzahl. 3482 Schüler hatten noch gar keinen Unterricht, doch war die Wiederaufnahme des Schulbetriebes für neun weitere Oberschulen, fünf für Mädchen und vier für Jungen, für die nächste Zeit vorgesehen. Am 10. Dezember 1945 hatten die Hamburger Oberschulen rund 20.000 Schüler, 316 Klassen mit insgesamt 9950 Jungen, 256 Klassen mit insgesamt 7700 Mädchen und 77 Koedukationsklassen mit 2410 Schülerinnen und Schülern. Die größte Schule mit 1200 Schülern war die Volksdorfer Walddörferschule. Eingegangen sind bis 1947 die OfJ Uhlenhorst (durch Zusammenlegung mit der OfJ Barmbek), die Hindenburgschule in Hamm, die Schule des Paulsenstifts (deren Name auf die OfM Wandsbek übergang) und die OfJ Eilbek an der Uferstraße.²⁵¹³ 1948 wurde das traditionsreiche Realgymnasium des Johanneums, zuletzt OfJ Armgartstraße, mit der OfJ St. Georg zusammengelegt.²⁵¹⁴

Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen hatten sich zu einem Stichtag (20. Oktober 1945) bei der für sie zuständigen Schule zu melden.²⁵¹⁵ So konnten am 1. Dezember 1945 als letzte Gruppe des öffentlichen Schulwesens auch 29 Berufs- und Fachschulen ihren Betrieb wieder aufnehmen: zehn Gewerbeschulen,²⁵¹⁶ sechs Wirtschaftsschulen²⁵¹⁷ und sechs hauswirtschaftliche Schulen,²⁵¹⁸ außerdem die landwirtschaftlichen Berufsschulen der Marschlande (für Mädchen), der Walddörfer und der Vier- und

²⁵¹² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 730 (Wiederbeginn und Durchführung des Unterrichts 1945–1946). – Nach meiner Erinnerung gehörte auch Religion zu den sofort zugelassenen Unterrichtsfächern.

²⁵¹³ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1765.

²⁵¹⁴ StAHH, 362-2/1 Realgymnasium des Johanneums: A 21.

²⁵¹⁵ Hamburger Nachrichten-Blatt 11.10.1945.

²⁵¹⁶ G I, G II, G III, G IV, G VI, G VII, G VIII, G IX, G X sowie die Uhrmacherschule.

²⁵¹⁷ H I, H II, H V, H VI, H VII und Bergedorf.

²⁵¹⁸ W I, W III, W IV, W V, W VI und W VII.

Marschlande (getrennt für Jungen und Mädchen) sowie die Ingenieurschule und die Bauschule.²⁵¹⁹

Verwirrend trotz einer gewissen Folgerichtigkeit stellten sich die erforderlichen schulorganisatorischen Regelungen dar: Nach dem seit 1942 geltenden Rhythmus hätte das mit dem 1. September 1944 begonnene Schuljahr 1944/45 am 31. August 1945 enden müssen. In Anbetracht der langen unterrichtslosen Zeit wurde jedoch auf Anordnung der Militärregierung (erst am 27. Oktober 1945) das laufende Schuljahr bis zum Beginn der Osterferien 1946 verlängert, dauerte also rein äußerlich sieben Monate länger. Zu Weihnachten 1945 rückten alle Klassen der Volks- und Mittelschulen (außer den erst kurz zuvor neu eingerichteten 1. Klassen des Geburtsjahrgangs 1939) – nicht der Oberschulen – um eine Stufe vor: Die jetzige (bereits im September 1944 eingeschulte) 1. Klasse der Grundschule wurde Klasse 2, die im September 1945 eingeschulte Klasse erhielt die Bezeichnung Klasse 1. Ein erneutes Aufrücken fand zum 1. April 1946 statt: Die im September 1944 eingeschulte damals 1. Klasse, die am 24.12.1945 in die 2. Klasse aufgerückt war, wurde nunmehr zur 3. Klasse. Entsprechend rückten alle anderen Klassen auf. Auf diese Weise fiel das Schuljahr 1945/46 nicht ganz dem Kriege zum Opfer.²⁵²⁰ Schüler der künftig fortfallenden sechsstufigen Mittelschule oder des Oberbaus, die jetzt in die Abschlussklasse 10 eintraten, hatten sich, wenn sie die mittlere Reife erlangen wollten, einer Abschlussprüfung zu unterziehen.

Da die Oberschulen noch nicht wieder geöffnet waren, wurde auch der Übergang der Schüler der Jahrgangsstufe 4 auf die Oberschule vom 1. September 1945 auf den 1. April 1946 verschoben,²⁵²¹ und zwar so, dass die Auslese für die Schüler, die jetzt nach Klasse 4 vorrückten, und für diejenigen, die bisher in der 4. Klasse gewesen und nach Klasse 5 aufgerückt waren, gemeinsam durchgeführt wurde. Das gleiche Verfahren wurde noch einmal 1947 praktiziert, und erst ab 1948 wurde wieder nur aus der 4. Jahrgangsstufe ausgelesen. Entsprechende Regelungen wurden für den Oberbau getroffen: 1946 Auslese aus den Klassen 7 und 6, ab 1948 nur noch aus Klasse 6.

²⁵¹⁹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 5205.

²⁵²⁰ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 356.

²⁵²¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646 und 1175; StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: 1.

Für Schüler der Volksschule des Geburtsjahrgangs 1931/32, deren achtjährige Schulpflicht normalerweise am 31. März 1946 geendet hätte, verlängerte sich die Schulpflicht um ein Jahr, da Schüler dieses Jahrgangs „infolge der erheblichen Behinderung des Unterrichts durch die Kriegsverhältnisse das Ziel der Volksschule in acht Jahren nicht erreicht“ hatten.²⁵²² Das Schuljahr wurde wieder auf den Zeitraum 1. April bis 31. März gelegt.²⁵²³

Erst drei Jahre nach dem „Zusammenbruch“ rief der Senat zu einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus auf, die am Sonntag, dem 12. September 1948 auf dem Ohlsdorfer Friedhof stattfand. Die Schulbehörde regte schulische Gedenkstunden am vorangehenden Sonnabend, dem 11. September, an und erinnerte mit einer Aufstellung (beginnend mit Kurt Adams, Henriette Arndt und Walter Bacher) an die von Nationalsozialisten ermordeten Lehrer.²⁵²⁴ Inzwischen war mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 die unmittelbare Nachkriegszeit abgeschlossen worden, nicht jedoch die Notwendigkeit und das öffentliche Interesse, sich mit der deutschen Diktatur zu befassen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die Erforschung von zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur, in deren Dienst auch diese Untersuchung steht, verdeutlicht immer mehr, dass „das massenhaft organisierte Verbrechen kollektive Voraussetzungen“ hatte und nie hätte stattfinden können, „wenn nicht in großen Teilen der Gesellschaft die Zerstörung sittlicher Normen, die Aushöhlung politischer Kultur, die Demontage sozialer Sicherheit vorausgegangen wäre“.²⁵²⁵ Die Geschichte der Hamburger Schulen im „Dritten Reich“ ist ein Teil dieser Verwerfungen.

²⁵²² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 647.

²⁵²³ Ebd.

²⁵²⁴ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 221 und 649; StAHH, 362-2/19 Oberschule am Stadtpark: 75/1.

²⁵²⁵ Grolle: Wagnis (1988), S. 83.

5.2 Die Wiederherstellung der Schulverwaltung

Nach seiner Ernennung zum Bürgermeister berief Rudolf Petersen am 16. Mai 1945 im Auftrag der Militärregierung den ihm persönlich bekannten früheren Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer zum vorläufigen Leiter der Schulverwaltung und damit des gesamten hamburgischen Schulwesens.²⁵²⁶ Er nahm dieses Amt aber nur für 21 Tage wahr, denn am 1. Juni 1945 wurde Heinrich Landahl zum Schulsenator ernannt, der am 5. Juni 1945 sein Amt antrat.²⁵²⁷ Ausschlaggebend für diese Umbesetzung scheinen parteipolitische Erwägungen gewesen zu sein: Oberdörffer hatte bis 1933 der DVP angehört und war dann in die NSDAP eingetreten, Landahl hatte bis 1933 der DDP/DStP angehört und diese auch in der Bürgerschaft und im Reichstag vertreten. Seit 1927 hatte er die Lichtwarkschule als gewählter Schulleiter bis zu seiner Absetzung am 10. Juli 1933 geleitet, nach achtmonatiger Lehrtätigkeit an der Oberrealschule Uhlenhorst war er am 31. März 1934 aus dem Dienst entlassen worden. Danach hatte er als Privatlehrer und freier Mitarbeiter eines Verlages seine wirtschaftliche Existenz gesichert.²⁵²⁸ Jetzt war er Mitglied der SPD geworden.²⁵²⁹

Vor Oberdörffers Einsetzung hatte die Militärregierung dem von ihr eingesetzten Bürgermeister Rudolf Petersen im Kommando-Ton die zeitlichen Vorgaben für die Wiedereröffnung der Schulen mitgeteilt. Sie machte dabei deutlich, dass ihre Präferenzen und zeitlichen Prioritäten bei den Grundschulen und den Schulen für behinderte Kinder lägen. Demgegenüber sollten „Vorkehrungen“ für Mittelschulen und Oberschulen „erst zu einem viel späteren Zeitpunkt getroffen werden“. Schulaufsichtsbeamte und Lehrer

²⁵²⁶ Hierzu und zum Folgenden: StAHH, 361-10 Kinderlandverschickung: 16; Tormin (1995) S. 23; Zeidler (1975), S. 98; Informationen von Ilse Schramm, geb. Oberdörffer, und Eleonore Rudolph, geb. Schröder: siehe Uwe Schmidt (1999), S. 429–432 und 656–657.

²⁵²⁷ Peter Gabrielsson: Bürgermeister, Senatoren, Staatsräte der Freien und Hansestadt Hamburg 1945–1995. Zuständigkeiten und Behörden, Hamburg 1995 (Beiträge zur Geschichte Hamburgs 50), S. 274.

²⁵²⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 19.

²⁵²⁹ Über Heinrich Landahl: Helmut Stubbe-da Luz: Heinrich Landahl, „Liberalität von der Linken“, in: Das Rathaus 7/1989, S. 434–436; Würdigung aus der Sicht der GEW: HLZ Nr. 2/1962, S. 68–70, wo die enge Verbindung zwischen Landahl und der GEW betont wird.

seien der Militärregierung mit beantworteten Fragebögen namhaft zu machen. „Aus diesen Listen“, hieß es, „werden die Namen der Lehrer herausgesucht, welche die Militärregierung für geeignet hält, und diese werden Ihnen zur Auswahl zurückgegeben werden.“²⁵³⁰ Der vorläufige Leiter der Schulverwaltung, Wilhelm Oberdörffer, war bemüht, diese Vorgaben umzusetzen:²⁵³¹ In einem „Sofort-Programm“ der Schulverwaltung in sechs Punkten zur Wiederinbetriebnahme des Schulwesens nannte er am 18. Mai 1945 die „Festigung der Personalverhältnisse“, die „Wiedereinstellung geeigneter Schulaufsichtsbeamten und später Lehrkräfte, die aus politischen oder rassistischen Gründen seit 1933 ausscheiden mussten“, und die „Wiedereröffnung der Lehrerbildungsanstalten zur Heranbildung geeigneten Lehrernachwuchses“. Auf dieses Sofortprogramm reagierte die Militärregierung recht ungehalten.²⁵³² Sie teilte dem Bürgermeister am folgenden Tage mit, sie verfolge „in Bezug auf die Schulen [...] folgende Politik: Alle Schulen werden zwecks Unterweisung in Erziehungsfragen geschlossen“, und zwar so lange, bis die Militärregierung die Wiedereröffnung genehmigen werde. Es sei ein „Überblick über die Lage des Erziehungswesens zu geben“.

In einer Rundfunkansprache am 3. Juli 1945 umriss Schulsenator Heinrich Landahl die Erziehungsaufgaben der künftigen Schule und zeichnete dabei das Leitbild des anständigen, ehrlichen, duldsamen Mitmenschen, den Friedensliebe und die Ablehnung von Gewalt leite. Die Schule solle zu selbstständigem Denken und zu Zivilcourage erziehen. In diesem Zusammenhang kündigte er auch die Wiedereinführung des Religionsunterrichts an.²⁵³³

Während der zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur waren die pädagogischen Überzeugungen, Ideale und Leitlinien, deren Ziel in Hamburg die Modernisierung und Pädagogisierung der Schule gewesen war, nicht in Vergessenheit geraten. Dieses ist nicht zuletzt drei schulformbezogenen Gesprächskreisen zu verdanken, deren Teilnehmer sich in den Jahren der Diktatur unbemerkt, aber einigermaßen regelmäßig getroffen hatten: Max Traeger, Richard Ballerstaedt – der eine früherer Schulleiter, der andere Schulaufsichtsbeamter – und weitere Volksschullehrer bewahrten die pädagogischen und organisationspolitischen Traditionen der früheren

²⁵³⁰ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370, zum Datum 14.5.1945.

²⁵³¹ StAHH, 131-3 Senatskanzlei – Verwaltungsabteilung: E 24.

²⁵³² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370.

²⁵³³ Hamburger Nachrichten-Blatt 4.7.1945.

Standesorganisation der Volksschullehrer, der GdF.²⁵³⁴ Eine Gruppe um die frühere Oberschulrätin Emmy Beckmann, die 1933 abgesetzten Schulleiterinnen Irma Stoß und Alice Pollitz sowie die Lehrerin Anni Grünh hielt die Reformanstöße des höheren Mädchenschulwesens lebendig.²⁵³⁵ Ein dritter Gesprächskreis von Lehrern der höheren Jungenschulen traf sich während der Jahre 1933 bis 1945 in unregelmäßigen Abständen im Blankeneser Strandcafé. Diesem Kreis gehörten der Lehrer am Christianeum Heinrich Schröder, der frühere Harburger Schulleiter Walther Merck – beide Groß-Hamburger erst seit 1937 – sowie der frühere Schulleiter der Lichtwarkschule Heinrich Landahl an. Bei ihren Zusammenkünften besprachen sie möglichst unbeobachtet pädagogische und schulpolitische Fragen. Ihr Thema der letzten Kriegsjahre war der Wiederaufbau des höheren Schulwesens nach dem Kriege.²⁵³⁶ Vertreter aller drei Gruppen wurden in die Schulverwaltung berufen.

„Eine unvergleichliche Leitungsgruppe“ nennt Rudolf Scharnberg in einem Rückblick die Frauen und Männer aller Schulformen, die ab Mai 1945 den Wiederaufbau des Schulwesens in die Hand nahmen: „eine Handvoll Pädagogen und ein relativ kleiner Verwaltungsapparat in einer Struktur, deren Grundriss sich ein Vierteljahrhundert lang als solide und leistungsfähig erwiesen hat“.²⁵³⁷ Scharnbergs Feststellung lässt sich abrunden, indem man hinzufügt, dass mit der am 11. Oktober 1945 erteilten Zustimmung der Militärregierung zum Dienstantritt von Wilhelm Drexelius²⁵³⁸ der Schulverwaltung auch ein sehr qualifizierter Jurist zur Verfügung stand, der später Nachfolger Landahls als Schulsenator werden sollte.

Das Gebäude der Schulverwaltung in der Dammtorstraße hatte den Krieg unbeschädigt überstanden. Hier trafen die von den Nationalsozialisten abgesetzten und jetzt wieder eingesetzten Schulräte Hans Brunckhorst, Gustav Schmidt und Kurt Zeidler mit Fritz Köhne zusammen, der zum Leiter des Volksschulwesens ernannt worden war. Köhne war, obwohl keineswegs ein Sympathisant des Nationalsozialismus, 1937 ohne innere Zustimmung Parteimitglied geworden. Er war seit 1933 in der Schulverwaltung

²⁵³⁴ StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 9 und 14 Band 1, Unterakte 1945; Fiege (1970), S. 139; Scharnberg (1974); de Lorent (1992), S. 164.

²⁵³⁵ Auskunft von Käthe Thiemann am 8.1.1996 u. ö.

²⁵³⁶ Auskunft von Eleonore Rudolph, geb. Schröder, am 19.9.1996.

²⁵³⁷ Scharnberg (1974), S. 134.

²⁵³⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1.

verblieben und konnte so viele Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schülerinnen und Schüler vor dem Zugriff von Staat und Partei schützen.²⁵³⁹ Neu in die Schulverwaltung berufen wurden die Schulräte Carl Hoffmann, Otto Wommelsdorff, Franz Jürgens und Hans Duus.²⁵⁴⁰ In rascher Folge stellte die Schulverwaltung zwischen dem 9. Juni und dem 5. September 1945 bei der Militärregierung die Anträge, Emmy Beckmann,²⁵⁴¹ Walther Merck²⁵⁴² und den früheren Landesschulrat Ludwig Doermer zu Schulaufsichtsbeamten für das höhere Schulwesen zu ernennen,²⁵⁴³ nachdem im Mai 1945 schon Heinrich Schröder zum vorläufigen Oberschulrat berufen worden war.²⁵⁴⁴ In den Berufsschulbereich kehrten die früheren, 1933 entlassenen Amtsinhaber Johannes Schult und Olga Essig als Schulaufsichtsbeamte zurück.²⁵⁴⁵

In allen Bereichen des öffentlichen Schulwesens wurden die Positionen der Schulleitung neu besetzt, jetzt auch wieder mit Frauen, welche das nationalsozialistische Regime von Leitungsaufgaben ausgeschlossen hatte. Eine Mitgliedschaft in der NSDAP, die bereits 1933 begonnen hatte, galt als schwer belastend und schloss den Betreffenden von leitenden Ämtern aus.²⁵⁴⁶ Durch die Aufzeichnungen des Zeitgenossen Peter Meyer, wieder eingesetzter Schulleiter der Ofj Altona, haben wir nähere Kenntnis über

²⁵³⁹ So einhellig: Zeidler (1975), S. 98; Fiege (1970), S. 121; ders. (1986), S. 79; Zeidler ähnlich schon in seinem ca. 1955 abgefassten Bericht über den Wiederaufbau des Hamburger Schulwesens nach 1945 (Zeidler [1974], S. 4): „Wenn Fritz Köhne nicht durchgehalten hätte, wäre im Hamburger Schulwesen während der bösen Jahre manches schlechter gelaufen.“ Vgl. auch Caesar Hagener: Fritz Köhne – Mythos und Wirklichkeit, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 244–249.

²⁵⁴⁰ Fiege (1970), S. 139; Zeidler (1975), S. 107, mit Angabe der vorausgegangenen Tätigkeiten der neu Berufenen.

²⁵⁴¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1; zu Emmy Beckmann vgl. Uwe Schmidt (1999), S. 201–204 und die dort angegebene Literatur.

²⁵⁴² Zu Walther Merck siehe Uwe Schmidt (1999), S. 434–435.

²⁵⁴³ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1.

²⁵⁴⁴ Schröder war nach dem Kriege der erste Leiter des Referats höhere Schulen in der Schulbehörde und damit ein Vorgänger der späteren Leiter der Abteilung beziehungsweise Unterabteilung Gymnasien in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung. Er versah außerdem in Personalunion das Amt des Personalreferenten (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 19; Gespräch mit Eleonore Rudolph, geb. Schröder, am 19.9.1996). Von 1945 bis 1947 war außerdem Walther Franck als interimistischer Oberschulrat in der Schulbehörde tätig (StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1649 [Personalakte Walther Franck]). Zu Schröder ausführlich: Uwe Schmidt (1999), S. 432–434.

²⁵⁴⁵ Scharnberg (1974), S. 134; Zeidler (1975), S. 99.

²⁵⁴⁶ Zeidler (1974), S. 9.

den Bereich der Oberschulen: Mit Ausnahme von sechs Direktoren, die zwischen 1933 und 1945 Schulleiter gewesen waren, unter ihnen Peter Meyer (Ofj Altona), Heino Hayungs (Walddörferschule) und Rudolf Steinvorth (Ofj Eilbek), waren alle Schulleiterinnen und Schulleiter, die Senator Landahl am 8. September 1945 auf der ersten Direktorenkonferenz nach der Kapitulation vorstellte, und alle Oberstudiendirektoren neu im Amt. In seinem Tagebuch hat Peter Meyer seinen Eindruck von dieser Veranstaltung festgehalten:

„Um mich herum alte, abgemagerte, schlecht gepflegte, graue Männer, denen die Not der Zeit aus den Augen schaut und die nun eine enttäuschte Jugend, deren Ideale zertrümmert sind, wieder aufrichten und mit neuen Impulsen und Hoffnungen erfüllen soll[en].“

Nur etwa ein halbes Dutzend sei jünger als 50 Jahre gewesen und habe einen frischeren Zug verraten. Aus den Darlegungen der Oberschulräte sei „die ganze Schwere der Zeit und unserer Aufgabe“ deutlich geworden, „die keinerlei Optimismus aufkommen lässt, kaum einen hellen Streifen am Horizont durchblicken lässt“.²⁵⁴⁷

Der Handlungsspielraum, den die Schulverwaltung und ihre Beamten beim Wiederaufbau des Schulwesens und die ihr unterstellten eingesetzten Schulleiterinnen und Schulleiter in ihren Schulen wahrnehmen durften, war begrenzt durch die Direktiven der britischen Militärregierung und der durch sie ausgeübten Kontrolle, die auch an Ort und Stelle vorgenommen wurde. So begann nach dem Besuch der britischen Unterrichtsministerin Ellen Wilkinson in der Volksdorfer Walddörferschule am 3. Oktober 1945²⁵⁴⁸ die Militärregierung eine Visitationsserie in den Hamburger Schulen, die bis zum 15. März 1949 fortgesetzt wurde, meist durchgeführt von G. M. Ellis, Vertreterin der Education Control der Militärregierung.²⁵⁴⁹ Die „teils ge-

²⁵⁴⁷ Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Kopie des Manuskripts, S. 107–109 (StAHH, 731-1 Handschriftensammlung: Nr. 2912). – Nach der verlässlichen Darstellung Peter Meyers in seinem Tagebuch berichtete Oberschulrat Walther Merck über Einsatz und Haltung der Lehrer, pädagogische Arbeitswochen, Lehrpläne und die Arbeit der freiwillig gebildeten Arbeitsausschüsse, sein Kollege Heinrich Schröder über die bevorstehende Wiederaufnahme des Unterrichts (Lehrer, Gebäude, Mittel, Bücher) und Emmy Beckmann über Mädchenschulen, Versetzungen und Prüfungen.

²⁵⁴⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2043 Band 1.

²⁵⁴⁹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 16.

schätzte, teils wegen ihres losen Mundwerks gefürchtete Schulinspektorin der britischen Militärregierung²⁵⁵⁰ charakterisierte die neu ernannten Schulleiter, auf die sie bei ihren Besuchen traf, so: Eine Minderheit jüngerer, beweglicher Personen sei ihr aufgefallen, welche, etwa als Sozialdemokraten oder Freimaurer, im Gegensatz zum Nationalsozialismus gestanden hätten und die politischen Ziele der Militärregierung unterstützten. „Unter ihnen gibt es sehr feine Menschen.“ Von ihnen zu unterscheiden sei eine Mehrheit älterer und nicht sehr fähiger Menschen, deren Trägheit und konservative Haltung zu bemängeln sei: Sie hätten nie einer politischen Partei angehört, und zwar darum, „weil ihre Charaktere und ihre Ideen farblos sind“. Diese Schulleiter würden zwar niemals den Nationalsozialismus an ihren Schulen einführen, aber man könne auch nicht sicher sein, dass sie die deutsche Jugend auf richtige Bahnen führen würden. Die Schulleiter wüssten nicht immer, was in ihren Schulen los sei. Die Beaufsichtigung der Schulen durch Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte sei zum Teil zu lasch.²⁵⁵¹

Vom 5. bis 7. November 1945, einen Monat nach der Wiederaufnahme des Unterrichts, besichtigten als Beauftragte der Militärregierung Miss Davis und Captain Bishop fünf Oberschulen, die Charlotte-Paulsen-Schule, die Kirchenpauerschule, die Walddörferschule, das Johanneum und die Helene-Lange-Schule. Dort nahmen sie am 7. November 1945 an der Feier anlässlich der Wiederverleihung des alten Namens teil.²⁵⁵²

In der ersten Rektorenkonferenz der Volksschulen mit den neu eingesetzten Schulleitern am 12. September 1945 stellte Oberschulrat Fritz Köhne in einem, wie es heißt, „langen, von menschlicher Wärme durchdrungenen Vortrag“ die aktuelle Situation dar: „Alle schulischen Fragen sollen mit Verständnis gelöst und angefasst werden. Dabei spielt der Klassenlehrer eine wesentliche Rolle“ als Mittler und Bindeglied zum Elternhaus und der Schulleitung. Oberschulrat Wilhelm Dressel verdeutlichte die schwierige Schulraumsituation: „Die noch brauchbaren Schulgebäude sind von den Besatzungstruppen [und] den Dienststellen [der Hamburger Verwaltung] in Anspruch genommen. Manche Schulen dienen als Wohnraum. An einen Aufbau von zerstörten Schulen ist kaum zu denken.“²⁵⁵³ Besonders besorgt

²⁵⁵⁰ Zeidler (1975), S. 99.

²⁵⁵¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 19.

²⁵⁵² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2043 Band 1.

²⁵⁵³ StAHH, 362-3/53 Schule Bovestraße: 2 Band 1, S. 91; StAHH, 362-10/7 Schwerhörigenschule: ungeordnete Bestände, Konferenzen. Hiernach fand die Sitzung am 13.9.1945 statt.

war Köhne über den körperlichen Zustand der Schüler: Lebensmittelmangel führte zu häufigen Schwächeanfällen, Lungenschäden, nervöser Unruhe und vielen anderen Krankheiten, die junge Menschen in dieser Häufigkeit normalerweise nicht haben. Es fehlten häufig Schuhe, so dass Kinder barfuß zum Unterricht erschienen. Wegen Hamsterfahrten wurde unentschuldigt gefehlt. Haltungsturnen erwies sich als notwendig.²⁵⁵⁴ Zur Stabilisierung des Gesundheitszustands der Schüler wurde, zunächst nur für 10 Prozent, bei denen eine ärztliche Entscheidung vorlag, mit Wiederbeginn des Unterrichts eine Schulspeisung eingerichtet.²⁵⁵⁵ Diese Aktion stand unter der Leitung des früheren Schulleiters Max Traeger, 1945 auch Wiederbegründer der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“. Er wurde zum Leiter der Dienststelle Schulfürsorge ernannt.²⁵⁵⁶

Eine erste Zwischenbilanz ihrer fast fünfmonatigen intensiven Arbeit nach dem „Zusammenbruch“²⁵⁵⁷ zog die Schulverwaltung anlässlich einer Konferenz der Schulreferenten aller Regierungsbezirke der britischen Zone in Hamburg. Im Dienstgebäude Dammtorstraße 25 wurde den Gästen eine kleine Ausstellung über „Hamburg im Wiederaufbau: Wiederaufbau der Schulen“ und über Grundschularbeit in Hamburg gezeigt.²⁵⁵⁸ Die Konsolidierung der neuen Schulverwaltung fügte sich ein in den Neuaufbau staatsstaatlicher politischer Strukturen: So wurde am 22. November 1946, einem Freitag, im großen Festsaal des Rathauses mit einer Ansprache des neuen Bürgermeister Max Brauer und musikalisch umrahmt durch Overtüren von Christoph Willibald Gluck (*Iphigenie*) und Ludwig van Beethoven (*Egmont*) der erste gewählte Nachkriegssenat feierlich vereidigt. Aus diesem Anlass fiel der schulische Unterricht an diesem Tage aus.²⁵⁵⁹

²⁵⁵⁴ Lehberger: Schule (1995), S. 36, zum Datum April 1947.

²⁵⁵⁵ StAHH, 362-3/51 Schule Ernst-Henning-Straße: 19. – Zur Unterscheidung von der später einsetzenden „Englischen Speisung“ für alle Schüler wurde diese Aktion „Deutsche Speisung“ genannt.

²⁵⁵⁶ Fiege (1970), S. 140; Zeidler (1975), S. 100.

²⁵⁵⁷ Dieser Ausdruck wurde nach meiner persönlichen Erinnerung – ich war bei Kriegsende 13 Jahre alt – damals verwendet.

²⁵⁵⁸ StAHH, 362-10/7 Schwerhörigenschule: ungeordnete Bestände, Lehrkräfte.

²⁵⁵⁹ StAHH, 362-3/35 Schule Altenwerder: 36 Band 2 (Konferenzberichte 23.5.1933–23.3.1936 und 28.11.1945–15.12.1952).

Das Gewicht der Schulverwaltung wurde im zeitlichen Vorfeld der entstehenden, föderalistisch aufgebauten Bundesrepublik Deutschland größer mit der Übertragung der Kulturhoheit auf die Länderregierungen der britischen Besatzungszone am 1. Dezember 1946.²⁵⁶⁰ Dementsprechend übertrug am 17. Januar 1947 die britische Militärregierung die Aufsicht über das Unterrichtswesen auf deutsche Instanzen, in Hamburg also auf die am 1. April 1947 in „Schulbehörde“ umbenannte Schulverwaltung.²⁵⁶¹ Einen gewissen Abschluss dieser Nachkriegsentwicklung stellte auch für Hamburg die „Geburtsstunde der Kultusministerkonferenz“ dar: Am 19. und 20. Februar 1948 nahm der Hamburger Schulsenator Heinrich Landahl an einer Konferenz der Erziehungsminister der deutschen Länder aller vier (!) Besatzungszonen (außer Rheinland-Pfalz und Saarland) in Stuttgart-Hohenheim teil, die als erste Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) gilt. Auf der Tagesordnung standen die bis heute unvermindert aktuellen Themen einer Angleichung der Bildungsgänge zwischen den Bundesländern und einer Steigerung der Leistungen. Außerdem empfahlen die Kultusminister, in allen Ländern das Schuljahr künftig im Herbst beginnen zu lassen.²⁵⁶²

²⁵⁶⁰ Jörg Berlin: „Die Fehler der Vergangenheit überwinden“. Lehrpläne für den Geschichtsunterricht in Hamburg 1945–1948, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 74/75 (1989), S. 207–239, hier S. 212.

²⁵⁶¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 18 und 648. – Diese Bezeichnung behielt die Schulverwaltung für die folgenden 23 Jahre. 1970 wurde sie in „Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung“ (BSJB) und 2002 in „Behörde für Bildung und Sport“ (BBS) umbenannt.

²⁵⁶² Fuchs (2003), S. 17–18; ders. (2004), S. 142.

5.3 Die Wiedereingliederung der Lernenden

Hildegard Milberg unterscheidet im Rückblick zwölf Jahre nach dem Krieg die vor 1930 Geborenen von den Jüngeren, für die das „Dritte Reich“, ohne eine Nahtstelle zu hinterlassen, 1945 fast ohne Bruch zur Vergangenheit wurde,²⁵⁶³ allerdings eine Vergangenheit mit einer erheblichen Nachwirkung. Als „Generation ohne Abschied und ohne Heimkehr“ hat der Hamburger Dichter Wolfgang Borchert diese vor 1930 geborenen Jugendlichen bezeichnet: Sie hatten in einer entscheidenden Phase ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu viel gesehen und zu viel verloren und fanden danach bei ihren Fragen niemanden vor, der ihnen Halt und Richtung hätte weisen können.²⁵⁶⁴ Für diese jungen Menschen war die nationalsozialistische Diktatur Realität gewesen, ob der Einzelne nun für oder gegen das System gewesen war oder ihm mehr oder weniger gleichgültig gegenübergestanden hatte. Nationalsozialismus war verbunden mit Krieg und Katastrophe, mit Verfolgung und Widerstand. Liegen, so fragt Hildegard Milberg, zwischen diesen beiden Gruppen nicht Generationen? Der hier verwendete „Generationen“-Begriff soll nicht unreflektiert stehen bleiben. In der Rückschau und Differenz von fünf Jahrzehnten wird deutlicher, dass es sich beim Argumentieren mit „Generationen“ um ein Konstrukt handelt, das es ermöglicht, individuelle Erfahrungen identitätsstiftend zu deuten und zu ordnen, indem es sich „auf eine auf altersspezifischer Erlebnisschichtung basierende Gemeinschaft“ bezieht. Politische und kulturelle Prozesse zu erklären ist das Ziel dieser Begriffsverwendung. Entscheidend dabei ist der Bezug auf „historische Großereignisse“ wie Nationalsozialismus und Krieg.²⁵⁶⁵

²⁵⁶³ Milberg (1958), S. 4–8. – Ich halte diese Abgrenzung für aussagekräftiger und erhellender als die von Rolf Schörken, der die Gruppe der Geburtsjahrgänge 1922 bis 1933 zusammenfasst, und die von Ulrich Herbert, der die Jahrgänge 1925 bis 1935 einer „Alterskohorte“ zuordnet (über beide weiter unten).

²⁵⁶⁴ Hierzu Milberg (1958), S. 4.

²⁵⁶⁵ Ulrike Jureit / Michael Wildt: Einleitung, in: Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, hg. von Ulrike Jureit und Michael Wildt, Hamburg 2005, S. 7–26. – Indikate für „Generationen“ sind 1. Identitätskonstruktion, 2. Kollektivbezug, 3. Erfahrungsgemeinschaft und 4. Handlungsrelevanz (ebd., S. 9).

„Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert“ war das Thema einer Tagung des „Historischen Kollegs“ vom 18. bis 21. Juli 2001.²⁵⁶⁶ Bezugnehmend auf die eigene Biographie halte ich allerdings die zu Anfang dieses Kapitels dargestellte, über vier Jahrzehnte früher vorgenommene Periodisierung von Hildegard Milberg für erklärungsfähiger als eine Zusammenfassung der zwischen 1925 und 1935 Geborenen in einer „Alterskohorte“, die als Referent dieser Tagung Ulrich Herbert vornimmt.²⁵⁶⁷ Nur auf die Älteren lässt sich der von Helmut Schelsky geprägte Begriff der „skeptischen Generation“ anwenden. Die von Ulrich Herbert genannten Prominenten²⁵⁶⁸ gehören alle dieser Teilgruppe der Älteren an. Für die Jüngeren, bei Kriegsende 13 bis 15 Jahre alten Jugendlichen waren Jungvolk und Jungmädels bei weitem nicht so prägend gewesen wie für die Älteren HJ, BDM, Reichsarbeitsdienst oder Luftwaffenhelferdienst. Ihre Sozialisation war in vielem ganz anders verlaufen als bei der Kriegsjugendgeneration. Die Schülerinnen und Schüler dieser Nachkriegsjugendgeneration hatten nie die Möglichkeit gehabt, sich für oder gegen den Nationalsozialismus zu entscheiden, sie waren in ihm aufgewachsen. Ihre Kindheit und Jugend zwischen 1939 und 1945 hatte sich „vor einem Horizont großer Ungewissheit“ vollzogen, wobei Zufälle eine große Rolle spielten: Wie war die Familiensituation, war man ausgebombt, hatte man an der Kinderlandverschickung teilgenommen, war man geflohen aus den Ostgebieten, welche Gesprächspartner, welche Informationen, welche Bücher hatte der oder die Einzelne zur Verfügung? Diese Kriegskinder machten andere elementare Lebenserfahrungen als früher und später Geborene, denn ihre Welt war nicht verlässlich. Dessen ungeachtet waren die Biographien auch dieser Kinder außerordentlich unterschiedlich. „Für einige Zeitzeugen“, schrieb 2001 ein Schüler nach dem Schulbesuch einer Blankeneser Gruppe von Frauen und Männern, die in den Schulen über ihre Kindheit im Nationalsozialismus berichten, „gab es bis zum Ende des ‚Dritten Reiches‘ eine eher unbeschwerte, glückliche Kindheit.“²⁵⁶⁹ Wer dagegen als Kind die Hamburger Bombenangriffe des Juli 1943 miterlebt hatte, vergaß und verarbeitete diese existentiellen Schrecken sein Leben lang nicht. So berichtete 60 Jahre

²⁵⁶⁶ Tagungsband: *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, hg. von Jürgen Reulecke, München 2003 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 58).

²⁵⁶⁷ Herbert (2003).

²⁵⁶⁸ Ebd., S. 107.

²⁵⁶⁹ *Sieben Zeitzeugen berichten* (2005), S. 106.

nach dem Ende des Krieges der damals elfjährige Ernst-Günther Haberland über die Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943, die er in Hammerbrook überlebt hatte:²⁵⁷⁰ Menschen blieben im flüssigen Asphalt stecken und verbrannten bei lebendigem Leib. Ein Mann trug zwei Koffer mit den verbrannten und zusammengesmolzenen Leichen seiner beiden Kinder und seiner Frau, die aussahen wie schwarze Baumstämme – Bilder der Kriegsnacht, eingebrannt in das Gedächtnis. Geweint hat der Traumatisierte erst Jahrzehnte danach. Der Krieg zerstörte das Gefühl dieser Kinder für sich selbst, im Krieg verloren diese Kriegskinder das Gefühl für das richtige Maß: Was kann und muss man sich zumuten? Was ist zu viel? Für sie war Kindheit ein schlichtes Durchstehen. Man funktionierte und wollte die Eltern nicht unnötig belasten. Eigene Gefühle wurden verdrängt. Einer dritten Gruppe zuzuzählen sind Jugendliche, die unter den Auswirkungen des Krieges jede ethische und moralische Orientierung verloren hatten. So forderte die Schulverwaltung am 16. November 1945 die Schulen auf, über alle Fälle von Verfehlungen der Schüler zu berichten. Diese hätten infolge der Wirren des Krieges und der Nachkriegszeit erheblich zugenommen. Genannt wurden Diebstahl, Schwarzhandel, aber auch politische Verfehlungen wie nationalsozialistische und antisemitische Hetzereien. Schüler malten zum Beispiel nationalsozialistische Zeichen an die Tafel.²⁵⁷¹

Zur Gewinnung kritischer Gesichtspunkte gegenüber dem Nationalsozialismus waren alle drei genannten Gruppen von Jugendlichen noch zu jung gewesen. Das Heraustreten aus der Welt des „Dritten Reiches“ war daher für sie leichter als das Eintreten in die Welt der Demokratie. Diese musste erst einmal kognitiv verstanden und emotional angeeignet werden. Den Zugang zur Demokratie fanden diese Jugendlichen daher nicht aus revolutionären oder ideologischen Impulsen, sondern durch langsame Eingewöhnung und das allmähliche Verstehen demokratischer Prozesse. In Bezug auf große Entwürfe und Gefühle, urteilt Rolf Schörken, waren diese Jugendlichen eine „alte Jugend“. Diese „45er“ hätten die Grundlagen für die Mentalität „Nicht noch einmal“ geschaffen. Die Erfahrungen aus der

²⁵⁷⁰ Frankfurter Rundschau 13.4.2005, S. 23 unter der Überschrift „Spätes Leiden – Grauen einer Julinacht“. – „Im Bunker, in dem er als Kind saß, erzählt er heute Schülern von jener Julinacht, als Hamburg im Flammenmeer unterging. Die Schüler sind ergriffen, geschockt und den Tränen nah.“ Für das „Täterkind“ war jede Erinnerung an das Geschehene mit Schuld, Scham, Verantwortung verknüpft, er fügte ein weiteres Wort hinzu: Mitgefühl.

²⁵⁷¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646 und 1188.

Zeit des Nationalsozialismus hätten nur einen gebremsten Optimismus, keinen enthusiastischen Widerstand zugelassen wie bei der nachfolgenden Generation der „68er“.²⁵⁷²

Die „45er“ und die „68er“ hatten es aus den genannten Gründen schwer miteinander.²⁵⁷³ Nie gab es in der deutschen Geschichte zwei aufeinanderfolgende Jugendgenerationen, die eine derart gegensätzliche Sozialisation seit ihren Kinderjahren erfahren haben.²⁵⁷⁴ Die Spezifika der ersten Nachkriegsjugendgeneration werden deutlicher, wenn man sie mit der Generation der erst nach dem Kriege Geborenen vergleicht, also den 15 Jahre Jüngeren: Deren Sozialisation verlief unter den Bedingungen der sich ausbildenden Wohlstandsgesellschaft und im Frieden. Sie nahmen für sich in Anspruch, die erste Generation zu sein, die den Nationalsozialismus aufarbeitete, was rein sachlich ein Irrtum ist, und ihr Gesellschaftsbild war, sofern sie „politisches Bewusstsein“ ausgebildet hatten, häufig dualistisch: Antifaschisten oder überzeugte Nazis. Alles, was dazwischen lag, verfiel für sie dem Verdikt der Heuchelei, der faulen Ausreden, des nachträglichen Reinwaschens. Sie akzeptierten auch nicht, dass Menschen, die anfänglich für den Nationalsozialismus gewesen waren, sich im Laufe ihres Lebens geändert haben konnten. Ihr Beitrag zur Erforschung des Nationalsozialismus habe, kritisiert Rolf Schörken, hauptsächlich in der Ausbreitung von Faschismustheorien bestanden, in denen auch die Irrtümer früherer Faschismusauffassungen (Faschismus als Instrument des Großkapitals) wiederholt worden seien.²⁵⁷⁵ Axel Schildt hält den Aktiven dieser Generation jedoch „die moralische Ernsthaftigkeit einer Suche nach ‚wahrhafter‘ und nicht nur ‚formaler‘ Demokratie“ zugute. Der sozialpolitische Hintergrund sei die Angst vor einer Anpassung „an die Verhältnisse“ gewesen.²⁵⁷⁶

²⁵⁷² Schörken (2004), S. 55–65. – Der Verfasser setzt (S. 158) allerdings die „45er“, anders als es hier geschieht, bei den Geburtsjahrgängen 1922 bis 1933 an, weil diese in ihrer Sozialisation entscheidend durch den Krieg beeinflusst worden seien.

²⁵⁷³ Hierzu: Axel Schildt: Nachwuchs für die Rebellion – die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert* (2003), S. 229–251, unter Verwendung des Materials, das ich damals gesammelt habe („Sammlung Uwe Schmidt“).

²⁵⁷⁴ Schörken (2004), S. 157.

²⁵⁷⁵ Ebd., S. 160 und 167. – Die eigentliche Stoßrichtung der 68er zielte jedoch auf die Vätergeneration der zwischen 1910 und 1920 Geborenen, nicht auf die Kriegsjugendgeneration (ebd., S. 169).

²⁵⁷⁶ Schildt (2003), S. 251.

Die älteren Jugendlichen standen im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Vergangenheit und Zukunft. Die Lebensläufe von männlichen Angehörigen dieser Geburtsjahrgänge gleichen einander: Schule, KLV, Verpflichtung als Luftwaffenhelfer mit 16 Jahren, Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft, Rückkehr und Wiedereinschulung,²⁵⁷⁷ ähnlich bei den Mädchen. Jetzt, nach dem Ende des Krieges, hatten die ehemaligen Kriegsteilnehmer Unterrichtsausfall wegen Feuerungsmangel, überalterte und kompromittierte Lehrkräfte, Flüchtlingsschicksale, Wohnverhältnisse, Verlust des Vaters oder beider Eltern gemeinsam.²⁵⁷⁸ Die NS-Erziehung griff bei diesen Jugendlichen nicht mehr. Sie müssen, so Rolf Schörken, als die „ersten Nachkriegskohorten“ angesehen werden. Man habe sich pragmatisch zurechtgefunden, habe die Hintergründe nicht verstanden, das Politische sei weit weg gewesen. Jux und Tod hätten nahe beieinander gelegen, man sei einfach jung gewesen und habe leben wollen. Bei der Mehrzahl habe (allerdings erst in einem größeren zeitlichen Abstand) das Gefühl überwogen, betrogen worden zu sein: „Stunde Null“ und „Riesenscherbenhaufen“ seien oft gehörte Vokabeln. In der nachträglichen Erinnerung werde oft die während des Krieges erfahrene Kameradschaft nostalgisch überhöht.²⁵⁷⁹ Doch hat nur der Erste Weltkrieg ein derart rasantes Generationsbewusstsein hervorgebracht wie das der zwischen 1900 und 1910 Geborenen. Die verordnete Demokratie nach 1945 war kein Generationenprojekt, eher ein „demokratischer Aneignungsprozess“.²⁵⁸⁰

Die große Mehrzahl der überlebenden Absolventen der Oberschulen hatte mit einem „Reifevermerk“ den Bildungsgang abbrechen müssen, eine Regelung, die durch einen Runderlass des REM am 4. Januar 1945 noch einmal ausdrücklich bestätigt worden war und eine spätere Eingliederung in das Universitätsstudium ohne weitere Prüfung versprach. Nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ galt aber diese Zusage nicht mehr, der Besuch halbjähriger Ergänzungskurse war jetzt Voraussetzung für die Zulassung zum Studium. Die ersten Absolventen dieser Kurse bestanden im Herbst 1946 die Reifeprüfung, in der OfJ im Alstertal am 23. September 1946 unter dem Vorsitz von Johann Helbig. Anfang Oktober 1946 begann

²⁵⁷⁷ Erika Harneit, in: 100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer (1992), S. 119.

²⁵⁷⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 730 (Wiederbeginn und Durchführung des Unterrichts 1945–1946).

²⁵⁷⁹ Schörken (2004), S. 51–52.

²⁵⁸⁰ Jureit/Wildt (2005), S. 21.

ein zweiter halbjähriger Ergänzungskurs.²⁵⁸¹ Bis Anfang der 1950er Jahre bestand aber für die Aufnahme an der Universität ein strenger Numerus clausus. So wurden 1948 von 2000 Bewerbern zum Studium der Medizin nur 75 zugelassen.²⁵⁸²

Eine oft übersehene Sondergruppe unter den Wiedereinzugliedernden waren die seit 1942 zunehmend diskriminierten jugendlichen „Mischlinge 1. Grades“, die aus den Schulen, die sie bis dahin besuchten, ausgeschlossen wurden und daher keinen schulischen Abschluss erwerben konnten. Für sie, etwa 70 Schülerinnen und Schüler, wurden, noch bevor im Herbst 1945 der Unterricht in den Schulen wieder aufgenommen wurde, Sonderkurse eingerichtet, die ihnen den Wiedereintritt in ihre früheren Klassen und ein anschließendes Universitätsstudium ermöglichen sollten. Der kleinste gemeinsame Nenner mit den Mitschülern, welche durch die KLV oder den Luftwaffenhelferdienst geprägt oder als Flüchtlinge nach Hamburg gekommen waren, war ein „stiller Pakt“: „Ideologiefrei, pragmatisch und nach vorn gerichtet sollte es zugehen.“²⁵⁸³ Die unter der Diktatur erlebten Demütigungen, Verletzungen und seelischen Schäden ließen sich allein durch schulischen Unterricht nicht auffangen. Verfolgtenorganisationen und kirchliche Einrichtungen sorgten für langfristige Erholungsaufenthalte, durch die diese jungen Menschen die Züge jugendlichen Lebens wahrnehmen konnten, die sie bis dahin hatten unterdrücken müssen.²⁵⁸⁴

Von den Oberstufenschülern neun ausgewählter Oberschulen hatten 452 Schüler Wehrdienst geleistet, davon 66 von der OfJ Armgartstraße, 385 waren aktiv an Kampfhandlungen beteiligt gewesen, davon je 66 von der OfJ Armgartstraße und der OfJ Uhlenhorst-Barmbek, und 340 waren in Gefangenschaft gewesen, je 57 von der OfJ Uhlenhorst-Barmbek und der OfJ im Alstertal. Zum Reichsarbeitsdienst eingezogen worden waren 232, als Luftwaffenhelfer 287.²⁵⁸⁵ Diese Zahlen spiegeln sich in den Lebensläufen dieser Kriegsjugendgeneration, von denen wir Kenntnis haben: Die Nach-

²⁵⁸¹ Gerber (1950), S. 209.

²⁵⁸² Dorothea Bialas / Rolf Bialas: Ein Kaleidoskop unseres Lebens, Norderstedt 2004, S. 95.

²⁵⁸³ Beate Meyer (1999), S. 368–369.

²⁵⁸⁴ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 355 (Sonderkurse zur Förderung „jüdischer Mischlinge“ 1945–1969); StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 370 (Wiederbeginn des Schulunterrichts 1945); StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 354 (Schulische Leistungen „jüdischer Mischlinge“ 1945); zusammenfassend behandelt durch Beate Meyer (1999), S. 370–371.

²⁵⁸⁵ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 730.

kriegszeit begann für den 17-jährigen Rolf Bialas, der sich noch im letzten Kriegsjahr freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hatte, mit dem Einsatz zum Steineklopfen.²⁵⁸⁶ Da viele Schulgebäude entweder zerstört oder schwer beschädigt waren oder noch für andere Zwecke – zum Beispiel für Krankenhäuser und Lazarette – genutzt wurden, fand der Unterricht vielfach in anderen als den gewohnten Gebäuden statt. Die Schulmöbel waren für die gewesenen Soldaten zu klein, die Räume ungeheizt, Lehrbücher waren nicht vorhanden, die Lebensmittelversorgung reichte nicht aus, doch konnte der schlimmste Hunger durch die am 1. März 1946 einsetzende „Englische Schulspeisung“ aufgefangen werden.²⁵⁸⁷ Die elterliche Behausung wurde mit einem kleinen Kanonenofen beheizt, für den der Vater täglich einen Rucksack Holz im Sachsenwald sammelte. Die Lehrenden hatten zum großen Teil mehrere Jahre lang nicht in ihrem Beruf gearbeitet, mussten sich auf die Schüler der Kriegsgeneration einstellen und zusammen mit ihnen das Unterrichtspensum bewältigen. Außerschulische Veranstaltungen und außerunterrichtliche Arbeitsgemeinschaften hatten für die Lernenden großes Gewicht. Das Verlangen nach geistiger Nahrung war groß. Naturwissenschaftliche, theologische und philosophische Vorträge und Theateraufführungen hatten ihr jugendliches Publikum. Wenige Wochen vor dem Abitur besuchte die Klasse von Rolf Bialas in den Kammerspielen Wolfgang Borcherts Stück *Draußen vor der Tür* und bekam in der Prüfung hierzu ein Aufsatzthema.

Als ehemaliger Kriegsteilnehmer berichtet Egbert A. Hoffmann über die Abendsonderkurse zum Erwerb des Reifezeugnisses, die nach 1945 an der Off St. Georg abgehalten wurden:²⁵⁸⁸ Etwa 100 junge Männer wurden in einem unbeheizten noch benutzbaren Teil des schwer beschädigten Gebäudes unterrichtet, unter ihnen viele Kriegsbeschädigte, einige schon über 30 Jahre alt. Wegen der Entnazifizierungsmaßnahmen standen aber noch keine Lehrer zur Verfügung. So wurden die jungen Leute aufgefordert, abzuwarten und einmal in der Woche in der Schule vorzusprechen. Schließlich wurde

²⁵⁸⁶ Bialas (1992), S. 92; Bialas/Bialas (2004), S. 64.

²⁵⁸⁷ StAHH, 362-3/51 Schule Ernst-Henning-Straße: 19. – Die Regularien wurden am 15.4.1947 bekanntgegeben: Lehrer mussten ihr Essen während der Speisungszeit verzehren, Essen durfte nicht mit nach Hause genommen werden, der Nachschlag war gerecht zu verteilen.

²⁵⁸⁸ Egbert A. Hoffmann: Hamburg '45: So lebten wir zwischen Trümmern und Ruinen, Leer 1985, S. 76–77, 142–143 und 145–149; zitiert bei Lehberger: Schule (1995), S. 32–33.

der Unterricht in die Klosterschule verlegt, viermal wöchentlich von 10 bis 12 Uhr. Die Lehrer übersahen bei den Klausuren das Mogeln der Schüler.²⁵⁸⁹

Einer Umfrage der Schulbehörde bei den Schulleitern der Oberschulen verdanken wir erhellende Auskünfte über die vor 1930 Geborenen.²⁵⁹⁰ Der Schulleiter der Wandsbeker Matthias-Claudius-Schule, Peter Zylmann (1884–1976), berichtete: 41 Prozent seiner 315 Schüler waren ausgebombt. Ein Schüler in Klasse 5 hatte den Vater und den Bruder durch den Krieg verloren, die Mutter durch einen Luftangriff. Ein Schüler der 11. Klasse war Flüchtling aus Nauen, seine Eltern waren „von den Russen“ abtransportiert worden. Ein Schüler der 10. Klasse war in Swinemünde ausgebombt, seine Eltern und seine Schwester bei einem Luftangriff getötet worden. Schüler der 11. Klasse verhielten sich oft abwartend oder misstrauisch: Hier hatten junge Menschen schon als Soldaten im Felde gestanden oder waren als Luftwaffenhelfer eingezogen worden. Die Schüler seien aber nicht beim Protest stehen geblieben, sie hätten vielmehr ihre innere Notlage aufgedeckt. In den Oberklassen seien die Deutsch-Kenntnisse sehr dürftig, das Geschichtsbild sei verfälscht. Der Schulleiter, der das Gespräch über Grundfragen und philosophische Fragen in den Mittelpunkt des Unterrichts der 11. Klassen gestellt hatte, erhielt folgende Rückmeldung:

„Anfangs wusste ich gar nicht, welchen Sinn es haben sollte, wieder zur Schule zu gehen. Seitdem ich nun diesen Unterricht habe, tut mir jede Stunde leid, die ich nicht auf meine Bücher verwenden kann. Es wäre mir heute unmöglich, meine Zeit mit Skatspielen zu vertrödeln.“

Empört reagierte dieser Schüler auf eine Äußerung in der Presse,²⁵⁹¹ die heutige Jugend sei ohne Verantwortungsgefühl, ohne Wertgefühl, ja: ohne Gewissen.

Der Schulleiter der Ofj Uhlenhorst-Barmbek, Rolf Erichson (1892–1961), stellte seine Begrüßungsrede unter ein Bibelwort (Prediger 3, 22): „So sah ich denn, dass nichts Besseres ist, denn dass ein Mensch fröhlich sei in seiner Arbeit. Denn das ist sein Teil.“ Hierzu setzte er den Nationalsozialismus in Beziehung: Er habe ein falsches Ideal gepredigt, ein Zerrbild ange-

²⁵⁸⁹ Hoffmann schrieb über den Rundfunk als Mittel der Volksbildung und Volkserziehung.

²⁵⁹⁰ StAAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 730 und 731.

²⁵⁹¹ Neue Hamburger Presse 12.1.1946: Wiedergabe von Äußerungen des Schulleiters der Oberschule in Lokstedt, Rudolf Maack.

betet, das nichts anderes gewesen sei als eine gemeine Holzerei verrohter Untermenschen. Über die Rezeption bei seinen jugendlichen Zuhörern suchte sich der Schulleiter klar zu werden: Spannungen und Probleme ergäben sich hinsichtlich „des früher dem Nationalsozialismus gegenüber eingenommenen Standpunktes“. Die Nationalsozialisten hätten die Schule überfrachtet mit einer Fülle zusätzlicher Aufgaben und sie daran gehindert, sich auf ihre ureigensten Aufgaben zu konzentrieren, das heißt: Unterricht, in stetiger Arbeit und ohne Überlastung der Schüler und Lehrer. Die Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren, also die Jungen der Geburtsjahrgänge 1926 bis 1931 (Klassenstufen 8 bis 12), „stehen innerlich vor einer Leere. Sie sind nach bitterster Erfahrung misstrauisch geworden. Sie wollen endlich einmal nicht mehr in all und jedem gegängelt werden. Nur mit größter Zartheit dürfen diese wunden Seelen berührt werden.“ Diese Jugendlichen seien gereizt, abwehrend und neigten zur Aufsässigkeit. Die Schüler der jetzigen 11. Klassen – in die Oberschule übergetreten 1939 (also eingeschult 1935) – hätten einen normalen Oberschulunterricht überhaupt noch nicht erlebt, normale Abituranforderungen würden sie 1947 nicht bewältigen können. Das erste normale Abitur sei erst 1953/54 zu erwarten. Hauptaufgabe des Lehrers sei daher derzeit, das jeweils Mögliche zu erkennen.

Zwischen dem Barmbeker Bahnhof und dem Schulgebäude Osterbekstraße 107, schrieb der Schulleiter, liege eine Trümmerwüste, 55 Prozent der Schüler seien ausgebombt, 47 Prozent ohne Heizung. Zwei Drittel der Schüler kämen nicht aus Barmbek und hätten daher lange Anmarschwege, sie kämen mit zerrissener Kleidung, schlechten Schuhen und einem Stück roher Steckrübe als Frühstück. Drei Viertel der Lehrer seien älter als 50 Jahre. Sie seien durch einen zweiten Dreißigjährigen Krieg gegangen. Der Schulleiter selbst zählte sich und seinesgleichen zu den „Großsiegelbewahrern“, die das Erbe der reichen Vergangenheit weiterzugeben hätten.

Der Schulleiter der Ofj Rahlstedt, Otto Rohde (1900–1964), unterschied drei Gruppen älterer Schüler: Eine erste Gruppe zeige sich arbeitsam und fleißig, für sich selbst lebend, ohne Interesse für Politik. Ganz gegensätzlich sei ein zweiter, der umgestellte Typ des Swingboys: dem Genuss hingegeben, mit dem Schwarzen Markt und seinen Gesetzen vertraut, geistige Anstrengungen verachtend. Als dritte und eigentliche Problemgruppe nehme er die Idealisten wahr, häufig ehemalige begeisterte HJ-Führer, die mit dem, was ihnen heute vorgesetzt werde, nichts anfangen könnten:

„Helfen können wir diesen Jungen nur durch die persönliche Führung, durch ein persönliches Vertrauen, das der Lehrer bei seinem Schüler erwerben und besitzen muss. Wir wollen hoffen und froh sein, wenn viele Schüler einen solchen Lehrer finden, der ihnen mehr ist als ein Vertreter seines Faches, der ihre Bildungslücken zu schließen versucht.“

Die Lebensläufe der Mädchen der „Vordreißiger“ waren zwar nicht durch den Dienst mit der Waffe, wohl aber durch eine abgebrochene Schulbildung und Tätigkeiten in sozialen Bereichen oder in der Rüstungsindustrie markiert. Die älteren Schülerinnen, stellte die Leiterin der OfM im Alstertal, Erna Stahl (1900–1980), fest, gingen durch eine Phase der Enttäuschung:

„Das Fuhrsbütteler Elternhausmilieu ist durchweg das kleinbürgerlicher Enge. Es war demnach hier ein ausgesprochen guter Nährboden für den Nationalsozialismus. In den letzten Jahren des Regimes spürte man allerdings gelegentlich so etwas wie aufwachende Kritik. Der Zusammenbruch im vorigen Jahr versetzte die jungen Menschen – so weit sie überhaupt in diesem Sinn erlebnisfähig waren – in einen Schockzustand, der sie eine Zeitlang durchaus aufschloss. Gerade diese entscheidende Zeit aber mussten wir sie laufen lassen, weil wir sie nicht auffangen konnten, mit ihnen zu arbeiten. Inzwischen hat sich alles versteift.“

Bei früheren BDM-Führerinnen komme der Leerlauf eines gewissen jugendlichen Geltungsbewusstseins dazu. Sie „vertrotzen sich“. Es gebe durchaus noch eine innere Abneigung gegen die „Antifaschisten“, was meist seinen Grund in den Familienverhältnissen dieser Schülerinnen habe, doch sei es bei den etwas Jüngeren der 10. und 11. Klasse möglich gewesen, den inneren Abgrund zu verdeutlichen, auf den Deutschland durch den Nationalsozialismus hingesteuert habe.

Eine 15-jährige Schülerin der Walddörferschule schrieb in ihr Tagebuch zum 16. Oktober 1946:²⁵⁹²

„Heute um zwei Uhr nachts haben sie die zehn Schuldigen in Nürnberg gehängt. Göring hat, Gott sei Dank, vorher Selbstmord gemacht.“

²⁵⁹² Bohnert (2005), S. 75.

Der Triumph ist ihnen nicht gegönnt. Niemand weiß, woher er das Gift hatte. Göring ist doch ein Mann, ganz deutsch. Er war es, und dies sehen wohl alle ein, die anständig sind. Aber die anderen tun mir leid. Auch Keitel und Jodl und die übrigen, wie tapfer waren ihre letzten Worte. Wer da noch denkt ‚Nun hängt die Bande!‘, der ist selbst nicht besser. Als ich die Worte las, kamen mir die Tränen. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie es ist, so vor dem Tod zu stehen. Diese Männer hätten zumindest den Soldatentod verdient. Na, später werden sie bestimmt noch gerühmt. Sie sind bessere Vorbilder als die KZ-Häftlinge.“

60 Jahre später fügte die 75-Jährige hinzu: „Heute schäme ich mich dieser Worte, denn eigentlich hätte ich damals schon mehr Einsicht haben sollen, aber wir wollten wohl einfach manches nicht wahrhaben.“ Fast ein Jahr nach dem Selbstmord Hitlers dachten Jugendliche, die wie sie unter der Diktatur sozialisiert worden waren, an Hitlers Geburtstag:

„Sonntag, den 20. April 1946: Heute ist ein denkwürdiger Tag, der 20. April, des Führers Geburtstag. Nicht viele haben sicher daran gedacht. Ob er wohl wirklich tot ist? Ich glaube wohl, denn was hätte er noch vom Leben? Es ist furchtbar, durch die Hetzreden ist er mir schon ganz entstellt. Wenn man auch nicht alles glaubt, was der Tommy sagt, man wird doch beeindruckt. Nun will ich schließen und in Ostern hineinschlafen.“

Die britische Militärregierung, personifiziert als der „Tommy“, ist auch Thema der Eintragung vom 27. April 1946:

„Heute gab es eine Demonstration, eine große Aufregung! Die Engländer wollen ja die Hauptverwaltung nach Hamburg legen, und darum müssen alle Wohnungen in Harvestehude, Rothenbaum und Umgebung geräumt werden. Da haben endlich mal die Leute zuviel gekriegt und haben auf dem Rathausmarkt demonstriert. Tante Else hat es mit angesehen. Was haben sie gerufen? – ‚Ist das die Befreiung? Erst bauen, dann räumen!‘ usw. Das Beste ist aber, dass sie dreimal das Deutschlandlied gesungen haben. Schade, dass ich es nicht gehört habe! Die Tommys haben alle schon ihre Revolver gezückt. Es hat mich richtig ‚aufgemöbelt‘.“

Auch die Schulleiterin der OfM Curschmannstraße, Irma Stoß, stellte die schwierige Lage der älteren Schülerinnen heraus: Ihre Welt sei zerbrochen, in der sie bislang in gläubigem Vertrauen gelebt hätten. Religiöse Lebensinhalte seien ihnen bislang völlig fremd gewesen. Die Schulleiterin fragte: „Beginnen sie zu verstehen, dass es noch ein anderes Heldentum der deutschen Seele gibt als das, das ihnen durch den Nationalsozialismus vor Augen gestellt wurde?“ Das Kollegium bemühe sich, „die ihm anvertraute Jugend aus der Verkrampfung nationalsozialistischen Gedankenguts zu lösen und ihr zu helfen, in einem neu gestalteten Deutschland ihren Weg und ihre Aufgabe zu finden“.

Demgegenüber wies die Schulleiterin der OfM Altona auf den Arbeitseifer der Schülerinnen hin, die darauf bedacht seien, dass kein Unterricht ausfiel. Sie drängten sich in die Förderkurse, besäßen aber wenig Konzentrationsfähigkeit. Unaufhörliche Neuaufnahmen schafften Unruhe. Die Schulleiter der OfM Blankenese und der Heilwigsschule erwähnten „eine gewisse Müdigkeit“ der Schülerinnen.

Die erste reguläre Reifeprüfung nach dem Krieg Mitte März 1947 und die beiden auf sie folgenden Reifeprüfungen betrafen noch die Kriegsjugendgeneration. Viele Abiturienten hatten keinen normalen geschlossenen Bildungsgang durchlaufen, sondern jahrelang im militärischen Einsatz gestanden. Über ihre Erfahrungen und Eindrücke tauschten sich die Teilnehmer der Schulleiterkonferenz der Oberschulen am 13. November 1947 aus: Die Bildungsberichte der Schüler, die auch Auskunft über ihre innere Entwicklung gäben, sollten später veröffentlicht werden. Der Leistungsstand der Prüflinge sei sehr unterschiedlich gewesen, auch der Stil der Lehrer in der Gestaltung von Erziehung und Unterricht. Einige von ihnen seien unfähig, ihrer Aufgabe zu entsprechen. Besonderes Augenmerk sei darauf zu richten, welche Deutschlehrer in der Oberstufe eingesetzt würden. Besonders negativ seien die Leistungen in den Fremdsprachen, vor allem im Englischen. Die Prüfungen in antiker Geschichte seien „auffällig wenig zeitbezogen“, auf den Zeitbezug dürfe aber nicht verzichtet werden. Kunst- und Kulturgeschichte seien auffällig wenig berücksichtigt worden. Die Schulleiterinnen und Schulleiter wurden aufgefordert, durch berufsberatende Vorträge dazu beizutragen, dass „Ungeeignete dem Studium fernbleiben“. Durch Vertrauensleute an den Schulen solle schon ein halbes Jahr vor Schuljahresende eine Beratung erfolgen. Größere Abgänge von der Universität würden erst 1949 und 1950 erfolgen, und auch dann erst werde Kapa-

zität für Neuimmatrikulationen zur Verfügung stehen. Bei der Zulassung zur Reifeprüfung müsse ein strenger Maßstab angelegt werden. Eine „5“ in Deutsch könne nicht ausgeglichen werden. Die Anforderungen in den Prüfungsarbeiten für 1948 müssten gegenüber dem Vorjahr höher sein.²⁵⁹³

Einen gewissen Abschluss dieser Wiedereingliederungsphase stellte das dritte Nachkriegsjahr 1948 dar: Schulsenator Heinrich Landahl forderte, dass die höhere Schule wieder zur echten Leistungsschule werde. Dieses solle erreicht werden durch erhöhte Anforderungen, sorgfältige Auslese und das frühzeitige Ausscheiden ungeeigneter Schüler. Die am 22. März 1948 von der Schulbehörde erlassenen Auslese- und Versetzungsbestimmungen für die höheren Schulen der Hansestadt Hamburg entsprachen dieser Zielsetzung: Nicht die Summe des Wissens solle versetzungsrelevant sein, „sondern die gesamte geistige Reife, insbesondere die Urteilsfähigkeit und der Arbeitswille“. Eine Versetzung dürfe nur erfolgen bei mindestens ausreichenden Leistungen in Deutsch.²⁵⁹⁴ Als Teil der Nachkriegsgesellschaft nahmen Lernende und Lehrende am Mentalitätswandel teil, den die Währungsreform am 20. Juni 1948 zur Folge hatte: Über Nacht erschienen alle Waren auf dem Markt, die bisher kaum oder nur mit großen Kosten auf dem Schwarzen Markt zu haben gewesen waren. So verbesserte sich auch von Monat zu Monat die Belieferung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln: „Der Unterrichtsbetrieb kann langsam wieder normale Bahnen einschlagen.“²⁵⁹⁵

²⁵⁹³ Altregistratur Luisen-Gymnasium: Protokolle vom 10.8.1945–30.9.1949, Einlage eines Doppelblattes in das Protokollbuch; Gerber (1950), S. 205 und 210.

²⁵⁹⁴ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 649; Gerber (1950), S. 205. – Gerber nennt die Auswirkungen auf die Offj im Alstertal von 1947 bis 1949: Abgang von 144 Schülern, 72 pro Schuljahr.

²⁵⁹⁵ StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: Ablieferung 2001/1, Schulchronik, S. 68–69. – Der Chronist beschreibt die Folgen der an diesem Tag, einem Sonntag, erfolgenden Währungsreform.

5.4 Entnazifizierung der Lehrenden

5.4.1 Schuld, Reue, Verdrängung, Rechtfertigung und Rückkehr zum Alltag

„Das Schuldgefühl, dass ich mit im Krieg gewesen bin, das bleibt. Angesichts dieser Schuld bleibt nur die Reue. Sie schließt über ihre alltägliche Praxis hinaus den Punkt ein, wo sie sich auf das Ganze des Schuldigseins, der persönlichen Existenz, auf die ganze Biographie bezieht.“²⁵⁹⁶

Mit diesen Worten zog der Hamburger Pädagoge Wilhelm Flitner sein Resümee am Ende seines Lebens. Den Tag der deutschen Kapitulation, den 8. Mai 1945, hat der bei Kriegsende 38-jährige Heinz Schomann, Lehrer der Walddörferschule, im Rückblick als 78-Jähriger so beschrieben:

„Für mich bedeutet der 8. Mai den Tag der völlig gerechtfertigten Unterwerfung Deutschlands unter den Willen der Siegermächte [...]. Befreiung und Erlösung vom Nazismus kann nur die Aufgabe der Deutschen selbst sein, eine Aufgabe, die nicht an einem Tag gelöst werden kann und konnte.“²⁵⁹⁷

Dieser Lehrer hatte die nationalsozialistische Epoche zwischen seinem 26. und 38. Lebensjahr erlebt, davon mehrere Jahre als Soldat. Seine Art, das Kriegsende persönlich zu verarbeiten, die sicherlich nicht verallgemeinert werden darf, lässt auf eine aktive Auseinandersetzung mit der Diktatur schließen. Er verwendet zwar nicht das Wort „Schuld“, umschreibt aber das, was damit gemeint ist. Offenbar ist es mit dem zeitlichen Abstand mehrerer Jahrzehnte leichter, Rechenschaft abzulegen.

Die Mehrheit der Deutschen empfand den Ausgang des Krieges als „Niederlage“, so sehr sie sein Ende herbeigesehnt haben mochte, und sprach vom „Zusammenbruch“. Während für die wenigen Überlebenden

²⁵⁹⁶ Wilhelm Flitner, zunächst bezogen auf den Ersten Weltkrieg, in: *Kontinuität und Traditionsbrüche in der Pädagogik* (1991), S. 37–38.

²⁵⁹⁷ Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule.

Hamburger Juden und für politisch Verfolgte der 3. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war, schwankte die Stimmung bei der Mehrheit zwischen Unsicherheit, Apathie und Erleichterung.²⁵⁹⁸ Erst in größerer Distanz konnten diese Menschen, die das Kriegsende in Hamburg erlebt hatten, den Einmarsch der britischen Truppen als „Befreiung“ empfinden und verstehen.²⁵⁹⁹

„Wir haben einen der schwersten, wenn nicht den schwersten Krieg der Weltgeschichte verloren und stehen vor einem Trümmerhaufen. [...] Was aber [...] an seelischen Werten im deutschen Volk vernichtet ist, das kann das menschliche Auge nicht sehen. [...] In ihrem Größenwahn, in ihrer Machtgier und Überheblichkeit haben die Leute dieser Regierung, die sich ‚Führer‘ nannten, [...] unsere Jugend verführt. [...] Sie tragen die Schuld, wenn die Jugend zu Rassendünkel und Völkerhass erzogen wurde, [...] wenn die Ehre des deutschen Volkes durch solche ruchlosen Gewalttätigkeiten der Verachtung der Welt preisgegeben wurde.“

Mit diesen Worten begrüßte der neue Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums, Wilhelm Ax (1890–1954), die Schüler seiner Schule am 3. Oktober 1945.²⁶⁰⁰ Ax war 1938 wegen eines Konflikts mit dem für ihn zuständigen Ortsgruppenleiter der NSDAP nach mehrmonatiger Suspendierung vom Johanneum an die Albrecht-Thaer-Schule strafversetzt und wegen „parteiwidrigen Verhaltens“ mit einer Geldstrafe belegt worden. Allem Anschein nach hatte sich Ax geweigert, in die NSDAP einzutreten. Er war denunziert worden, weil sein Sohn Johannes Ax nicht bei den Pimpfen des Deutschen Jungvolks mitmachte.²⁶⁰¹ Aber auch ein Mann mit einer solchen Biographie, der sich redlich bemühte, eine Perspektive des Wiederbeginns für Schüler und Lehrer zu finden, konnte in dieser Situation die Deutschen nur als Opfer der Nationalsozialisten, nicht als ihre Teilhaber verstehen.

²⁵⁹⁸ Reichel/Schmid (2005), S. 19.

²⁵⁹⁹ Den Topos „Befreiung“ hat Malte Thießen umfassend und gründlich untersucht und dargestellt (ders. [2007], S. 276, 314, 338–339, 351, 432 und 442). Zuletzt hat 2005 Bürgermeister Ole von Beust davor gewarnt, die Befreiungsdeutung als ein Instrument für eine entlastende Opferidentität zu missbrauchen.

²⁶⁰⁰ Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 204.

²⁶⁰¹ Altregistratur Gelehrtschule des Johanneums: Schulleitertagebuch I, S. 131; Information von Harald Schütz am 20.4.2005.

Es bedurfte des zeitlichen Abstandes, um zu akzeptieren und sich darüber klar zu werden, dass die Deutschen in ihrer großen Mehrheit teilgehabt hatten an den Visionen vom deutschen Sieg und von deutscher Herrschaft. Niemals zuvor waren diese Menschen politisch derart enthusiastisch und politisiert worden wie durch Adolf Hitler, nie zuvor hatten sie derartige Glaubensenergien investiert wie in diesen „Führer“.²⁶⁰² Viele Ältere spürten vermutlich „irgendwie“ die Frage der kollektiven und persönlichen Schuld, doch drängte der bald einsetzende Existenzkampf um Wohnraum, Nahrungsmittel und Heizung die lästigen Fragen über die nationalsozialistische Vergangenheit und den eigenen Anteil an ihr an den Rand. „Für den, der täglich um das nackte Überleben kämpfen muss, für den relativieren sich politische Ziele. [...] Für die Masse der Bevölkerung [...] bestimmten seinerzeit ganz andere Dinge das Leben.“²⁶⁰³ Die Frage nach der individuellen Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen, für die Militärregierung ein entscheidendes Kriterium für ihre Personalverfügungen im öffentlichen Dienst, absorbierte bald die Energien und ließ der weiterführenden Frage, welche Eigentümlichkeiten der deutschen Staatsgesellschaft und ihrer spezifischen Tradition den Einbruch des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte und jenen Ausbruch von Brutalität und Unmenschlichkeit möglich gemacht hatten, keinen Raum. Nach vielen Jahren des nationalen Ausnahmezustandes war das Verlangen nach „Normalität“ übermächtig. So arrangierten sich die Menschen mit den Nachkriegsgegebenheiten und machten so weiter, als sei nichts geschehen,²⁶⁰⁴ Selbstbesinnung und Reue wurden an den Rand gedrängt. Diese Feststellung wird auch für die meisten Hamburger Lehrerinnen und Lehrer zutreffen, gleich, in welcher Schulart sie tätig gewesen waren.

Dem Verlangen nach „Normalität“ kam das öffentliche Alltagsleben entgegen: Spaziergänger und Ausflügler genossen die neu gewonnene Freiheit ohne die Angst vor einem jederzeit drohenden Fliegeralarm oder Bombenangriff: „Sogar im Mai 1945, dem Monat der Kapitulation und des totalen Zusammenbruchs, registrierte der Kassierer des Zoos 43.000 Besucher.“²⁶⁰⁵

²⁶⁰² Ralph Giordano: „Wir sind die Stärkeren“. Reden, Aufrufe, Schriften zu deutschen Themen und Menschen unserer Zeit, Hamburg 1998, S. 149–150.

²⁶⁰³ Tormin (1995), S. 22.

²⁶⁰⁴ Elias (1994), S. 329–330.

²⁶⁰⁵ Einhundert Jahre Gymnasium Eppendorf (2004), S. 105.

Vom 1. Juli 1945 an gab es wieder philharmonische Konzerte, Ende Juli durften zehn Lichtspielhäuser wieder eröffnen, die meisten öffentlichen Einrichtungen waren, wenn auch oft provisorisch, bereits im Herbst 1945 wieder in Betrieb.

Beim Rückblick auf das Kriegsende, geben frühere Schüler der Walddörferschule zu bedenken, müsse man sich klar machen, dass 1945 ja auch für die Lehrer ein Umbruch gewesen sei. Nicht nur die Schulbücher waren gefüllt mit nationalsozialistischen Gedanken. Es fehlte die zeitliche und innere Distanz, die gerade durchgestandene Epoche der Diktatur unterrichtsgerecht aufzubereiten: „Über die politischen Ereignisse seit dem Ersten Weltkrieg haben wir nicht gesprochen und darüber auch keinen Unterricht gehabt.“²⁶⁰⁶ Die alten Gewohnheiten brachten es mit sich, dass ein Lehrer des Wilhelm-Gymnasiums den Klassenraum noch mit „Heil Hitler!“ betrat, sich dann bei seinen Schülern entschuldigte und sie bat, das nicht weiterzusagen, was sie auch nicht taten.²⁶⁰⁷ In ähnlicher Weise verirrte sich ein zur Pensionierung anstehender Rektor, als er sich nach einem Gespräch mit Oberschulrat Fritz Köhne mit dem Hitlergruß verabschiedete, was Köhne lächelnd mit der Äußerung quittierte: „Ich sehe, was für ein guter Demokrat Sie sind!“²⁶⁰⁸ Andererseits, wendet Hannelore Schmidt ein, war es für einen Schüler vor der Kapitulation „kaum erkennbar, ob ein Lehrer sich voll mit den Ideen des Dritten Reichs identifizierte oder ob er nur zum Schein mitarbeitete“. Sie sei sich sicher, dass es eine Reihe von Lehrern gegeben habe, die sich mit allen Vorbehalten und auch mit deutlicher Distanz gegenüber den Machthabern eingerichtet hätten. Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass es für diese Lehrer lebensgefährlich gewesen wäre, dieses den Schülern erkennbar zu machen. Erst im Jahr 1945 habe sie dann klar erkennen können, dass es Lehrer gab, die von Anfang an große Vorbehalte gegen das damalige System gehabt hätten.²⁶⁰⁹ Die Schulaufsichtsbeamten erklärten der Militärregierung am 6. September 1945, es bestehe kein Grund, an der politischen Zuverlässigkeit der Hamburger Lehrer zu zweifeln. Die Schulverwaltung werde „fest zugreifen, [...] wenn einmal an einer Schule nationalsozialistische oder militaristische Propaganda betrieben

²⁶⁰⁶ Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

²⁶⁰⁷ Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 206.

²⁶⁰⁸ Fiege (1986), S. 98.

²⁶⁰⁹ Hannelore Schmidt, in: Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod? (1983), S. 90.

würde“.²⁶¹⁰ Die Begegnung beziehungsweise Wiederbegegnung mit Kollegen, die den Nationalsozialismus als aus dem Beruf Ausgestoßene und im Exil überlebt hatten, wurde nicht als ein Ereignis besonderer Art erlebt. Aber vielleicht lag es auch im Interesse der Betroffenen, möglichst unauffällig eingegliedert zu werden und bald zur Tagesordnung überzugehen.²⁶¹¹

5.4.2 Die Konjunktur der „Persilscheine“

Die alliierte Besatzungspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgte fünf Ziele – die fünf „großen Ds“: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung und Demontage.²⁶¹² Die Denazifizierung oder – wie man es damals nannte – „Entnazifizierung“ vollzog sich in den ersten sechs Monaten der Besatzung ausschließlich in britischer Kompetenz – verantwortlich war Major Shelton – und betraf nicht nur sämtliche bisher im Schulwesen tätigen Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch den Lehrernachwuchs. Die Militärregierung drängte darauf, alle Funktionsträger nationalsozialistischer Organisationen aus dem Dienst zu entlassen, damit auch die Führerinnen und Führer von HJ und BDM. Oberschulrat Fritz Köhne schlug stattdessen vor, diese Lehrer zur Teilnahme an sechsmonatigen Umschulungskursen zusammenzufassen und sie danach wieder zuzulassen.²⁶¹³ Die Modalitäten einer – so bezeichneten – „Auskämmung“ der Lehrerschaft von Nationalsozialisten waren Thema der Rektorenkonferenz der Volksschulen am 6. Juli 1945. Dort wurde bekanntgegeben:²⁶¹⁴ Alle Lehrer und Lehrerinnen, die vor dem 1. April 1933 der NSDAP beigetreten sei-

²⁶¹⁰ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 23.

²⁶¹¹ So erfolgten am 7.10.1947 die Wiedereinstellung des im Mai 1933 im Beisein seiner Klasse der Lichtwarkschule verhafteten (Hochmuth: Lichtwarkschule [1985], S. 84–105, hier S. 86; HT 2.7.1933), nunmehr aus dem Exil in Brasilien zurückgekehrten Gustav Heine in den Hamburger Schuldienst und seine Zuweisung an die Volksdorfer Walddörferschule unauffällig (Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule).

²⁶¹² Reichel/Schmid (2005), S. 23. Hier auch die Drei-Phasen-Strukturierung der Entnazifizierung.

²⁶¹³ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08 (Neuordnung der Lehrerbildung 1945–1946), Sitzung zur Neuordnung der Lehrerbildung am 4.7.1945 in der Schulverwaltung. – Die Militärregierung verlangte dessen ungeachtet am 14.11.1945, dass ehemalige HJ-Führer, auch wenn sie an einem Sechsmonatslehrgang für künftige Lehrer teilgenommen hatten, vor der Einstellung erneut überprüft wurden (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1).

²⁶¹⁴ StAHH, 362-3/25 Schule Lagerstraße 51: 2 Band 1 (Konferenzprotokolle 1878–1957).

en, würden entlassen. Schulleiter, die ab dem 1. Juli 1933 der NSDAP beigetreten seien, könnten im Amt bleiben, sofern sie keine Ämter in der Partei bekleidet hätten. Dabei solle großzügig verfahren werden. Es solle hier eine Entscheidung von Fall zu Fall herbeigeführt werden. Ein Gesetzentwurf des von der Militärregierung eingesetzten Senats, so hieß es, lehne sich an das nationalsozialistische „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 an, denn diese „Wiederherstellung“ solle jetzt „in eigentlichem Sinne erfolgen“. Das Gesetz sah folgende Maßnahmen vor: die gänzliche Entfernung aus dem Staatsdienst, eine Pensionierung mit einem prozentualen Anteil des Ruhegehalts, die reguläre Pensionierung ohne Rücksicht auf das Alter sowie eine Beschäftigung auf einer geringer besoldeten Stelle. „Die nötigen Unterlagen hierfür sollen die Fragebögen schaffen. Eine sorgfältige Ausfüllung ist anzuraten. Ja oder nein müssen ausgeschrieben werden. Keine Frage darf unbeantwortet bleiben.“ Bei den Gliederungen der NSDAP seien nicht nur das Amt, sondern auch der Dienstgrad anzugeben. „Bei den 1933 eingetretenen Kollegen ist neben dem Aufnahme datum auch der Tag anzugeben, an dem die Aufnahme beantragt wurde.“

Die Personalplanung der Schulverwaltung sah überdies zur Verjüngung und Erneuerung der Lehrerkollegien vor, alle Beamten über 65 Jahre und Lehrkräfte über 63 Jahre, wenn erforderlich, ohne Untersuchung in den Ruhestand zu versetzen und alle Kriegsvertretungen zu entlassen. Schulhelferinnen und Hospitantinnen sollten vorläufig bleiben können, wenn sie keine Gehaltsansprüche stellten.

Zwei Monate später wurden die Entnazifizierungsbedingungen verschärft. Die Potsdamer Konferenz der Siegermächte wirkte sich auf die Entscheidungen der Entnazifizierung im öffentlichen Dienst aus. Die Anforderungen, insbesondere an die Schulleiter, wurden erhöht.²⁶¹⁵ Es war jetzt zu erwarten, dass alle bis zum 1. Dezember 1933 in die NSDAP eingetretenen entlassen würden. Der Senat empfahl daher, zur Sicherung einer Altersversorgung Pensionierungsanträgen ab einem Alter von 62 Jahren zu entsprechen. Weiter hieß es:

„An leitender Stelle können nur diejenigen verbleiben, die nach fester Überzeugung ihrer Mitarbeiter innerlichst widerstrebt haben. [...] Eine Ablehnung einzelner Lehrer bedeutet noch nichts Endgültiges.“

²⁶¹⁵ Ebd., zu den Daten 3.8.1945 und 7.9.1945: Rektorenkonferenz der Volksschulen; StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646.

Entschieden ist nur das Ausscheiden der Lehrkräfte, die vor dem 1.4.1933 der Partei oder die der SS angehört haben. Es handelt sich hier um Hoheitsentscheidungen des M[ilitary] G[overnment].“

Die Umsetzung der Anweisungen sollte differenziert erfolgen. So wurde unterschieden zwischen „glatter“ Bestätigung, befristeter Bestätigung auf drei oder sechs Monate, Suspendierung (Beurlaubung mit nachfolgender Amtsenthebung für drei Monate ohne Gehalt, danach erneute Prüfung) und unbefristeter Amtsenthebung mit späterem Bericht. Ältere Lehrkräfte konnten jetzt auf Anordnung der Militärregierung schon mit 60 Jahren pensioniert werden. „Entlassungen können von der Militärregierung ohne jegliche Versorgung ausgesprochen werden. Alle Bemühungen um eine Zwischenlösung sind von der Militärregierung abgelehnt worden.“

Bei Wiederaufnahme des Unterrichts im Oktober 1945 war die Überprüfung der von den Lehrerinnen und Lehrern auszufüllenden Fragebögen noch keineswegs abgeschlossen. Es war daher noch vielfach offen, ob die Personen, mit denen die Schulleiter bei Wiederbeginn des Unterrichts rechneten, die Hürde überstehen würden. Der Chronist Peter Meyer gewann den Eindruck, dass die Verhandlungen zwischen der Schulverwaltung und der Militärregierung einem regelrechten Kuhhandel glichen,

„bei dem der deutsche und der englische Gesprächspartner je nach Lage der Dinge etwas ablässt oder mehr fordert: Man vermisst die gesicherte Grundlage der Entscheidung und stellt fest, dass doch recht willkürliche, ja gefühlsmäßige Urteile gefällt werden.“²⁶¹⁶

Eine zweite Phase der Entnazifizierung setzte in der zweiten Novemberhälfte ein: Jetzt beteiligte die Militärregierung schulformbezogene deutsche Entnazifizierungsausschüsse (Fachausschüsse) aus jeweils drei Personen. Sie durften niemals der NSDAP angehört und mussten im Gegensatz zum

²⁶¹⁶ Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Kopie des Manuskripts, S. 110–111 (StAHH, 731-1 Handschriftensammlung: Nr. 2912): „Es ist doch ein recht unwürdiger Zustand, dass derartige demütige Diskussionen mit dem Engländer über das Schicksal deutscher Männer geführt werden müssen – auch ein Erbe des Hitlersystems! Wirklich: die Zeit der Buße für die Deutschen hat begonnen, ihr Leidensweg ist noch lange nicht zu Ende, besonders derjenige der gebildeten Schichten nicht“. Am 13.9.1945 (ebd., S. 114) kritisierte Meyer, dass die Schulverwaltung erst mit einer Verzögerung von drei Monaten die Fehler (Unvollständigkeiten) in den Fragebögen entdeckt habe.

Gedankengut des Nationalsozialismus gestanden haben.²⁶¹⁷ Den Vorsitz des Fachausschusses für die Volksschulen übertrug die Militärregierung dem Schulleiter Friedrich Wilhelm Licht (1883–1968), vor 1933 ein mehrfach wiedergewählter Schulleiter, bis 1945 Lehrer an der Volksschule für Mädchen Alsenstraße und 1945 wieder als Schulleiter eingesetzt. Für die Oberschulen übte diese Funktion Oberschulrat Heinrich Schröder (1889–1951) aus, der bis 1945 Lehrer am Christianeum gewesen war.²⁶¹⁸ Schröder gehörte auch der Zentralkommission an, die im Auftrag der Militärregierung von der ernannten Bürgerschaft als Berufungsinstanz eingesetzt wurde und in der alle zugelassenen politischen Parteien vertreten waren.²⁶¹⁹ Diese Berufungsinstanz war wiederum in fünf Berufungsausschüsse untergliedert, die sich ab Mitte 1946 unter Vorsitz eines Juristen mit Widersprüchen gegen Entscheidungen der 24 Fachausschüsse zu befassen hatten. Bis dahin hatte die Militärregierung es abgelehnt, solchen Einsprüchen überhaupt nachzugehen.²⁶²⁰

Der Fachausschuss 21 war für Lehrer, Forscher und wissenschaftlich Tätige zuständig.²⁶²¹ Er stützte seine Tätigkeit auf den seit Anfang 1946 vorgeschriebenen Fragebogen, den öffentlich Bedienstete auf Englisch und Deutsch auszufüllen hatten. Aus den dieser Untersuchung zugrunde gelegten Personalakten²⁶²² wird deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer auf einem Fragebogen ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und ihren Gliederungen sowie zu nationalsozialistischen Unterorganisationen und sonstige nationalsozialistische Aktivitäten anzugeben hatten. Hinter einem formellen Beitritt zur NSDAP konnten jedoch unter Umständen durchaus ehrenwerte Motive

²⁶¹⁷ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 647, zum Datum 21.1.1946.

²⁶¹⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2043 Band 1; Zeidler (1975), S. 109–110. – Weitere Mitglieder waren für die Volksschulen Schulrat Kurt Zeidler, für die Oberschulen Johann Helbig und Willy Thede.

²⁶¹⁹ In der Lehrerkonferenz der Luisenschule wurde am 24.6.1946 bekanntgegeben, dass für die Entnazifizierung neue Bestimmungen gälten. Einsprüche und Anträge würden durch eine fünfköpfige Kommission der Bürgerschaft (in ihr kein Schulmann) bearbeitet. Es müsse nachgewiesen werden, dass ein Bewerber a) nur nominell Mitglied der NSDAP gewesen sei, b) kein Militarist sei und c) dem Ziel der Vereinten Nationen günstig gegenüberstehe (Altregistratur Luisen-Gymnasium: Protokolle vom 10.8.1945–30.9.1949).

²⁶²⁰ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 647, zum Datum 14.6.1946.

²⁶²¹ Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 1946, S. 46–47, zum Datum 3.4.1946.

²⁶²² StAHH, Bestand 361-3 Schulwesen – Personalakten.

stehen, und auch in umgekehrter Richtung konnte der Fragebogen täuschen: Es gab Persönlichkeiten, deren politische Integrität keineswegs so unzweifelhaft war, wie die Angaben es vermuten ließen. Manche hatten sich vergeblich um die Mitgliedschaft bemüht, waren aber, etwa aus „rassischen“ Gründen oder wegen früherer Mitgliedschaft in suspekten Organisationen, zurückgewiesen worden, und so standen sie jetzt mit einem blütenweißen Fragebogen da.²⁶²³ Der Fachausschuss lud Betroffene vor, hörte sie an und ordnete sie unterschiedlichen Belastungskategorien zu: Außer den verurteilten oder bereits verhafteten Kriegsverbrechern waren das Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete (Kategorie V). Für seine Vorschläge an die Militärregierung hatte der Ausschuss einen weitgehenden Ermessensspielraum, er konnte über Entlassungen mit und ohne Versorgungsanspruch und über Zurückstufungen in eine niedrigere Position befinden. Ergab sich aus den Angaben im Fragebogen eine besondere Nähe zum Nationalsozialismus, wurden die Betroffenen durch die Militärregierung vom Dienst einstweilen beurlaubt, gegebenenfalls später auch entlassen.²⁶²⁴ Hauptkriterium der im Wesentlichen durch die Militärregierung gesteuerten Entnazifizierungsphasen von der Kapitulation bis zum Mai 1946 war der Stichtag 1. April 1933 für die Zugehörigkeit zur NSDAP.²⁶²⁵ Verständlicherweise suchten alle Vorgeladenen, sich Leumundszeugnisse unbelasteter Personen zu beschaffen: Das war die hohe Zeit der so genannten „Persilscheine“, bei deren Ausstellung der gütige Fritz Köhne außerordentlich wohlwollend und nachsichtig war. Er bestätigte den Bittstellern, „dass alles nicht so schlimm gewesen wäre, wie es nach den Daten zu sein schien“.²⁶²⁶

²⁶²³ Zeidler (1975), S. 110. – Bereits im Juli/August 1945 beriet die Schulverwaltung über einen „Fall“, in dem ein 1939 aus „rassischen“ Gründen aus der NSDAP Ausgeschlossener, der der Partei seit dem 1.12.1933 angehört hatte, seine Wiedereinstellung als Lehrer beantragte. Er musste dessen ungeachtet entlassen werden, da er bis 1939 mehrere Parteiämter bekleidet hatte (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646).

²⁶²⁴ Der bisherige Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums, Bernhard Lundius, bestätigte am 31.3.1946 aus Pinneberg die Kenntnisnahme der Verfügung der Militärregierung betr. „Schulbetretens entlassener Lehrer“, d. h. entlassenen Lehrern und Schulleitern wurde untersagt, das Gebäude der Schule, an der sie tätig gewesen waren, zu betreten (StAHH, 362-2/30 Wilhelm-Gymnasium: 953).

²⁶²⁵ Lohalm (2001), S. 58. – Lohalm nimmt an, dass zuletzt über 90 Prozent der Beamten der NSDAP angehört hatten.

²⁶²⁶ Wilhelm Dressel 1956, zitiert bei Fiege (1986), S. 98.

Etwa ein halbes Jahr nach Einsetzung der Entnazifizierungsausschüsse bat die Schulverwaltung die Militärregierung, so schnell wie möglich über die Fragebögen der Lehrer zu entscheiden:²⁶²⁷ Der einige Monate zuvor angelaufene, in der Zwischenzeit kontinuierlich ausgeweitete Unterricht erfordere mehr Lehrer als zurzeit zur Verfügung stünden. Obwohl die Militärregierung das Entnazifizierungsverfahren allmählich ganz in deutsche Kompetenz geben wollte, erhielt sie ihren Anspruch aufrecht, laufend über die Leistungsfähigkeit von Lehrkräften informiert zu werden und gegebenenfalls einzugreifen. Zu ihren Kriterien gehörte, wie die Schulverwaltung in der Schulleiterkonferenz am 30. November 1946 bekanntgab, eine positive Haltung der Demokratie gegenüber und Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht.²⁶²⁸

Das ohnehin umständliche Verfahren wurde abermals geändert: Am 19. April 1947 trat zu seiner ersten Sitzung ein sieben Mitglieder umfassender „Leitender Ausschuss für die Entnazifizierung“ unter dem Vorsitz von Bürgermeister Christian Koch zusammen, dem für die Schulverwaltung Oberschulrat Heinrich Schröder angehörte. Koch mahnte, die Entnazifizierung bald zu beenden. Es gebe noch mehr als 9000 unerledigte Fälle.²⁶²⁹ Bis zum Jahresende 1947 waren fast 24 Prozent aller Beamten und 20 Prozent aller Angestellten, die am 1. Mai 1945 dem öffentlichen Dienst angehört hatten, entlassen, suspendiert oder verhaftet worden. Wegen fortgesetzter Einmischung der Militärregierung geriet der Leitende Ausschuss in eine gewisse Motivationskrise. Auf diese Weise, so wurde erklärt, sei es nicht möglich, ehemals führende und aktive Nationalsozialisten aus Verwaltung und Wirtschaft zu entfernen.²⁶³⁰

²⁶²⁷ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 23, Schreiben von Oberschulrat Heinrich Schröder an die Militärregierung vom 6.5.1946.

²⁶²⁸ StAHH, 362-2/19 Oberschule am Stadtpark: 7. – So wurde am 30.11.1946 der an der Abenderschule beschäftigte Studienrat Andreas Perl (geb. 1892) wegen abfälliger Bemerkungen anlässlich der Vereidigung des Senats vom Dienst suspendiert. Dazu erklärte die Schulbehörde in der Schulleiterkonferenz: „Unbedingt wird gefordert: Positive Haltung der Demokratie gegenüber, Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht. Besonders strenger Maßstab für Geschichtslehrer.“ Am 1.6.1951 wurde Perl mit 59 Jahren in den Ruhestand versetzt (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1955/1956 [1955], S. 72).

²⁶²⁹ StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: 17 Band 1. – Der Leitende Ausschuss für die Entnazifizierung stellte am 15.8.1950 fest, dass er vom 1.6.1946 bis zum 13.5.1950 insgesamt 25.904 Berufungsfälle zu bearbeiten hatte.

²⁶³⁰ StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: 17 Band 1.

Im Schulbereich kehrten ab 1947 die meisten zunächst vom Dienst suspendierten Lehrer, Schulleiter und Schulaufsichtsbeamten in den Schuldienst zurück oder erstritten sich auf gerichtlichem Wege ihre zunächst aberkannten Versorgungsbezüge. Der problematische, weil im Resultat unbefriedigende Vorgang der Entfernung aktiver Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst fand am 10. Mai 1950 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung²⁶³¹ sein Ende. Dass es nach dem Ende einer Diktatur mit den Instrumentarien des demokratischen Rechtsstaates nicht möglich ist, die „Guten“ säuberlich von den „Schlechten“ zu trennen, zumindest diesen Beweis hat die Entnazifizierungsaktion gebracht. In ihrer Einschätzung unterscheiden sich Zeitgenossen von heutigen Kritikern: Sie war, obwohl manche die Entnazifizierung mit einem „ironischen Achselzucken“ abtun, nicht überflüssig, gab Kurt Zeidler im Jahre 1975 zu bedenken. Aufs Ganze gesehen werde der Versuch, die Nationalsozialisten für die Schandtaten ihres Regimes zur Rechenschaft zu ziehen, vor der Geschichte bestehen können, und er fragt: „Wäre es etwa richtiger gewesen, den vielen, die sich durch ihr schändliches politisches Verhalten so schwer an Volk und Staat vergangen haben, kein Haar zu krümmen?“²⁶³² Hans-Peter de Lorent hielt im Jahre 2005 vor allem die „wiedererstarkten restaurativen Kräfte und eine von ihnen getragene Gesetzgebung“ für ursächlich,²⁶³³ während ein Jahr danach Peter Reichel und Harald Schmid die Funktion der Entnazifizierung „als konstitutives Element im politischen Transformationsprozess“ herausstellten:²⁶³⁴ Deutsche und Briten seien an einem zügigen Wiederaufbau interessiert gewesen.

Ohne eine Wiederbeschäftigung der „Verdrängten“, wie es ein verräterischer Zeitjargon ausdrückte, wäre es zweifellos nicht möglich gewesen, das öffentliche Schulwesen wieder in Gang zu setzen. So saßen in vielen Lehrerkollegien frühere Schulleiter, Oberstudiendirektoren und Schulräte und taten Dienst als „einfache“ Lehrer, sicherlich nicht immer so, dass sie ihre frühere Art zu denken und zu unterrichten völlig abgelegt hätten. Die Klassenlehrer, stellte die britische Schulinspektorin G. M. Ellis 1946 fest, seien meist ältere Lehrer, die jüngeren zum größeren Teil Frauen. Viele

²⁶³¹ HGes-uVoBl, 1950, Teil I, Nr. 19 vom 12.5.1950.

²⁶³² Zeidler (1975), S. 109.

²⁶³³ HLZ Nr. 10–11/2005, S. 104.

²⁶³⁴ Reichel/Schmid (2006), S. 24.

Lehrer glaubten nicht an die Greuelthaten in den Konzentrationslagern. Die Schüler führten die Feuerungsknappheit zum Teil auf den Export deutscher Kohle ins Ausland zurück und waren der Ansicht, Kartoffeln seien knapp, weil die Besatzungstruppen sie alle verschlängen. Die Vertreter der Militärregierung hätten den Schülern klar gemacht, dass das Leben in England zurzeit auch nicht einfach sei. Die Schulleiter wüssten nicht immer, was in ihren Schulen los sei. Die Beaufsichtigung der Schulen durch Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte sei zum Teil zu lasch. Der Unterricht selbst sei allerdings nicht zu beanstanden. Im Allgemeinen hätten die Lehrer ihre Lektion gelernt, die durch einige „Fälle von Nazismus und Militarismus“ zutage gebracht worden sei, denn was von britischen Inspektoren geäußert werde, sei innerhalb von 24 Stunden überall bekannt, es gebe also eine Art geheimen Nachrichtendienst. Diese Feststellung von 1946 stimmt überein mit der Analyse von Rolf Schörken 60 Jahre später, kein Lehrer habe sich herausgenommen, im Unterricht etwas Apologetisches über Hitler und den Nationalsozialismus zu sagen. Dass Lehrer einen weiten Bogen um diese Themen machten, sei nur den Schülern aufgefallen, die darauf achteten. Nationalsozialistische Inhalte seien, wo sie in den Köpfen noch vorhanden waren, nicht nach außen getreten, denn „die Gedankenwelt des Nationalsozialismus hatte sich in ihrer Argumentationsfähigkeit selbst aufgezehrt“.²⁶³⁵ So trafen die in den 1950er Jahren neu in die Schulen kommenden Lehrerinnen und Lehrer der Endkriegs- und Nachkriegsgeneration – zahlenmäßig gering – auf eine Majorität älterer, überalterter Kollegien, von denen sie häufig nicht das lernen konnten, was in die demokratische Zukunft wies.²⁶³⁶ Die Generation der zwischen 1900 und 1915 Geborenen, bei Kriegsende also zwischen 30 und 45 Jahre alten Männer bezeichnet Ulrich Herbert als „vornehmliche Trägergruppe der NS-Diktatur“. Sie vor allem waren Objekt der alliierten Entnazifizierungsaktionen.²⁶³⁷ Auf diese Altersgruppe hatte in besonderem Maße das Denken in nationalistischen, völkischen und imperialen Kategorien eingewirkt. Auf ihre Mitwirkung beim Wiederaufbau des Schulwesens konnte dennoch aus rein quantitativen Gründen nicht verzichtet werden.

²⁶³⁵ Schörken (2004), S. 112.

²⁶³⁶ Eigene Erfahrungen des Verfassers während des Referendariats von 1957 bis 1959 an drei Schulen.

²⁶³⁷ Herbert (2003), S. 100.

Norbert Frei unterscheidet im Längsschnitt vier Phasen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in die auch die Lehrenden an den Schulen einbezogen waren und sind: zunächst die Phase der politischen Säuberung (Entnazifizierung) (1945–1949) und die Phase der frühen „NS-Bewältigung“ (1950–1960) mit den Leitvokabeln „Schlussstrich“, „Amnestie“ und „Integration“, verbunden mit einer normativen Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Damit sei ab 1950 der Weg frei gewesen für eine „beispiellose Strategie der Verharmlosung, Leugnung und Irreführung“, die vielen tief in den Nationalsozialismus Verstrickten zur „Entlastung“ verholfen habe und in der sich besonders auch die Kirchen exponiert hätten. Als Vehikel dieser Strategie hätten Parolen wie „Siegerjustiz“ und „Kollektivschuld“ gedient und die Neigung, „den fundamentalen Unrechtscharakter des NS-Regimes und seines Eroberungskrieges aus dem kollektiven Bewusstsein auszublenden“. Eine dritte Phase der „Vergangenheitsbewältigung“ (1960–1980) habe sich an Skandalen der „unbewältigten Vergangenheit“ (Hans Globke, Theodor Oberländer) entzündet und sei gekennzeichnet gewesen durch eine zunehmende moralische Aufladung (Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963), die in die 68er-Bewegung gemündet habe. Schließlich konstatiert er eine vierte „Phase der Vergangenheitsbewahrung“ (ab 1980) mit der Ausstrahlung des US-amerikanischen Films *Holocaust* (1979). Immer deutlicher kristallisierte sich seitdem die entscheidende Frage heraus, „welche Erinnerung an diese Vergangenheit künftig bewahrt werden soll“.²⁶³⁸

²⁶³⁸ Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, in: Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, hg. von Wolfgang Meseth, Matthias Proske und Frank-Olaf Radtke, Frankfurt am Main 2004 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts 11), S. 37–45.

5.5 Lehrerbildung

In zwei Berichten an die Schulverwaltung drückte die Pädagogin Erna Stahl, bis 1935 Lehrerin an der Lichtwarkschule und nach dem Kriege Leiterin der OfM im Alstertal, Ende 1945 und Mitte 1947, also im Abstand von 18 Monaten, ihre Sorgen „über die Situation des Lehrerstandes nach der Kapitulation“ aus: Der Nationalsozialismus habe die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer „missachtet“, sie in sozialer und geistiger Hinsicht hinuntergedrückt, sie mit verstecktem Hass entmündigt mit dem Ergebnis einer „Charakterbrechung“. Es fehle daher nun an pädagogischen Impulsen und an eigentlichem Auftrieb: „Die Gewohnheit des letzten Jahrzehnts, Befehle resignierend entgegenzunehmen, wirkt noch nach und lässt Initiative im allgemeinen nicht aufkommen.“ Hier

„muss unbedingt Wandel geschaffen werden, wenn die Schule ihr höchstes Ziel, Erziehungsarbeit zu leisten, nicht verlieren, wenn sie die Jugend gewinnen und retten will. [...] Man darf nicht resignieren, sonst nützen alle Reformen und guten Ideen nichts – die Jugend geht uns verloren.“

Ausgehend von den Erfahrungen an der von ihr geleiteten Schule stellte Erna Stahl fest: Ein „Kernkollegium“ tue weit mehr, als es müsse, die anderen täten ihre Pflicht. Aber die Mehrheit kämpfe nicht gegen die Katastrophenstimmung, „alles laufen zu lassen“. Es fehle an geistiger Initiative, an Lust und Neigung, pädagogische oder methodische Fragen zu stellen, geschweige denn durchzuarbeiten. Es fehle auch an Verantwortungsgefühl einer gemeinsamen Sache gegenüber. Die Lehrer dürften sich nicht darauf beschränken, „Stundengeber und Wissensvermittler“ zu sein, die Arbeit an der Jugend verlange „eine ungeheuer starke, restlose Hingabe“ von den Lehrern, zu der leider die wenigsten bereit und fähig seien. Die Pädagogin ging daher so weit, eine Zusammenstellung von Kollegien mit „gleichgerichteten Erziehergeist“ zu fordern.²⁶³⁹

²⁶³⁹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 731 (Wiederbeginn und Durchführung des Unterrichts 1945–1947), zu den Daten 31.12.1945 und 6.6.1947.

Als eine „Missachtung“ der Professionalität des Lehrerberufs und einer ihm zugeordneten qualifizierten Ausbildung können auch die Schnelldurchgänge der von den Nationalsozialisten 1941 eingerichteten Lehrerbildungsanstalten (LBA) angesehen werden, obwohl sie primär wohl angeordnet wurden, damit möglichst schnell der eklatante, durch Kriegseinwirkung dramatisch angestiegene Lehrermangel behoben werden konnte. Dieser war nach Kriegsende keineswegs behoben, sondern hatte sich eher noch verschärft.²⁶⁴⁰ Verständlich und nachvollziehbar ist daher die Absicht des interimistischen Leiters der Schulverwaltung, Wilhelm Oberdörffer, zunächst einmal rein quantitativ eine Grundversorgung der Volksschulen auf dem Wege der Wiedereröffnung der LBA sicherzustellen.²⁶⁴¹ Von Anfang an waren jedoch die Bestrebungen stärker, die LBA durch die Wiedereinführung des von 1926 bis 1936 geltenden Universitätsstudiums der Volksschullehrer zu ersetzen. So beschloss der von der Militärregierung eingesetzte Senat am 24. August 1945 die sofortige Schließung der drei noch bestehenden Lehrerbildungsanstalten. Ihre Absolventen, 712 junge Frauen und 147 junge Männer, wurden in die Oberschulen beziehungsweise die Jüngeren in den Oberbau der Volksschule eingegliedert.²⁶⁴² Diejenigen, deren Ausbildung fast abgeschlossen war, hatten einen halbjährigen „Entbräunungskurs“ zu durchlaufen.²⁶⁴³

Als treibende Kräfte bei der Wiederherstellung der Ausbildung der Volksschullehrer an der Universität sind von der Schulverwaltung Oberschulrat Fritz Köhne und von der Universität der Professor für Pädagogik und Kulturphilosophie Wilhelm Flitner anzusehen.²⁶⁴⁴ Beide kamen mit weiteren Fachleuten für Lehrerbildung am 5. Juni und 4. Juli 1945 in der

²⁶⁴⁰ Der Bedarf an Volksschullehrern betrug 4300, das ist aber nur 1650. Extremer Lehrermangel bestand daher bis in die 1960er Jahre (Berlin [1989], S. 210).

²⁶⁴¹ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-07 (Schließung der Lehrerbildungsanstalten 1945–1946). – Oberdörffer stand möglicherweise auch unter dem Einfluss von Tendenzen, wie sie in dem später eingereichten Bericht von Oberstudiendirektor Karl Albrecht, dem bisherigen Leiter der LBA I, vom 10.8.1945 über den vom Reich abweichenden Charakter der Hamburger LBA zum Ausdruck kommen, die angeblich im Stile der Hamburger Tradition geführt worden sei. Die NSDAP habe auf die LBA I (Armgarstraße, später Off am Stadtpark) keinen unmittelbaren Einfluss ausgeübt.

²⁶⁴² StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-07.

²⁶⁴³ Auskunft von Helga Sandmann (geb. 1924) am 21.2.2006: Der Kurs, an dem sie als ehemalige BDM-Führerin teilzunehmen hatte, fand in den Räumen der LBA II (Felix-Dahn-Straße, im Gebäude des heutigen Landesinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung) statt und umfasste ausschließlich Sachfächer.

Schulverwaltung unter dem Vorsitz Köhnes zusammen, um über die Wiedereinführung der akademischen Lehrerbildung zu beraten. Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer „wissenschaftlichen Anstalt“ (des späteren Pädagogischen Instituts), welche die pädagogische Ausbildung von Lehrern aller Lehrerkategorien (auch der Oberlehrer) übernehmen sollte. Zur „Besinnung“ der Lehrerschaft sollten Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften und praktische Kurse angeboten werden.²⁶⁴⁵

Überwunden werden musste zunächst ein inneruniversitärer Widerstand „der Fachleute“ gegen die Wiedereinrichtung der akademischen Volksschullehrerausbildung.²⁶⁴⁶ Vorhandene Vorbehalte von Schulsenator Heinrich Landahl²⁶⁴⁷ konnten offensichtlich bald zerstreut werden, so dass sich bereits am 13. Juli 1945 unter seiner Leitung eine Referentenrunde der Schulverwaltung mit der Neuordnung der Lehrerbildung befasste. Für die argumentative Begründung gegenüber den Abgeordneten der Bürgerschaft stützte sich die Schulverwaltung auf eine im Auftrag des vorläufigen GdF-Vorstandes erarbeitete Denkschrift der Hamburger Erziehungswissenschaftler Fritz Blättner und Julius Gebhard: Eingeleitet durch den Hinweis, dass mehr als 90 Prozent des Volkes fast ihre gesamte Bildung und einen großen Teil ihrer Erziehung der Volksschule verdankten, holten die Verfasser in einem historischen Rückblick, der bis zum Ende des Dreißigjährigen

²⁶⁴⁴ Fiege (1986), S. 101. – Am 19.5.1945 regte Flitner in einem Schreiben an den Rektor und den Senat der Universität die Bildung eines kulturpolitischen Ausschusses an, der auch über die Ausbildung der Lehrer aller Arten beraten sollte.

²⁶⁴⁵ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08 (Neuordnung der Lehrerbildung 1945–1946). – Teilnehmer dieser später als „1. Sitzung des Ausschusses für Lehrerbildung“ bezeichneten Besprechung waren außerdem die Professoren Fritz Blättner, Rudolf Peter und Heinrich Geffert, Max Traeger und Dr. Julius Gebhard (er führte das Protokoll). Kooperativ befasste sich ein zum gleichen Zeitpunkt begründeter Lehrerbildungsausschuss der in Wiederentstehung begriffenen GdF unter dem Vorsitz Albert Herzers mit dem Thema (StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 14 Band 1, Unterakte 1945). Er verfasste eine Denkschrift über die Wiederherstellung der akademischen Lehrerbildung in Hamburg (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1902). Am 13.7.1945 setzte die Schulverwaltung einen hausinternen Ausschuss für Lehrerbildung ein, dem Max Traeger, Johannes Schult und Wilhelm Dressel (?) sowie für die Oberschulen Heinrich Schröder, Emmy Beckmann und Walther Merck angehörten (ebd.).

²⁶⁴⁶ Julius Gebhard stellte fest, das Unverständnis im Punkte Lehrerbildung sei „geradezu bodenlos“ (StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08, zum Datum 11.7.1945).

²⁶⁴⁷ So eine Mitteilung von Fritz Blättner (StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08, zum Datum 4.7.1945).

Krieges zurückreichte, weit aus. Die in den nach 1870 begründeten Hamburger Lehrerseminaren vertretene Konzeption von „Allgemeinbildung“ wiesen die beiden Pädagogen als „Halbheit“ zurück, sie sei überdies der „Grund für die unerträgliche soziale Stellung des Volksschullehrers“. Demgegenüber seien die Ergebnisse der akademischen Volksschullehrerausbildung an der Universität „ausgezeichnet“ gewesen. Die Denkschrift fordert die Umwandlung des Seminars für Erziehungswissenschaft in ein „Erziehungswissenschaftliches Institut“.

Bei grundsätzlichem Konsens mit der von Blättner konzipierten pädagogischen Grundausbildung aller Lehrerkategorien im Rahmen des Universitätsstudiums im Gesamtumfang von zwei Semestern bestand als Vertreter der Oberschulen der neu ernannte Oberschulrat Walther Merck auf der Beibehaltung des Referendariats für Lehrer der Oberschulen und lehnte daher die schulpraktische Ausbildung dieser Lehrerinnen und Lehrer durch das Pädagogische Institut ab.²⁶⁴⁸ Die Vorbereitung für den Unterricht an Oberschulen erfolgte daher weiterhin durch das Studienseminar, und erst zu Ostern 1967 wurde das (damals) zweijährige Referendariat am Studienseminar auch für Volksschullehrer eingeführt.²⁶⁴⁹ Am 15. Oktober 1947 beauftragte die Schulbehörde den Studienrat Nikolaus Wallner mit der kommissarischen Leitung des Studienseminars für die Ausbildung von – zu dieser Zeit 31 – Lehrerinnen und Lehrern der Oberschulen.²⁶⁵⁰ Die Schulerferenten der britischen Zone einigten sich im Jahr darauf auf einheitliche Prüfungsanforderungen für die zweite Staatsprüfung.²⁶⁵¹

Zwei Wochen nach der offiziellen Schließung der Lehrerbildungsanstalten schlug am 7. September 1945 im Namen des Seminars für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg dessen Direktor Wilhelm Flitner der Schulverwaltung vor, die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer aller Kategorien ab dem Wintersemester 1945/46 wieder an die Universität zurückzuverlegen.²⁶⁵² Das Pädagogische Institut der Universität Hamburg wurde

²⁶⁴⁸ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08.

²⁶⁴⁹ Fiege (1970), S. 143.

²⁶⁵⁰ StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 2226 (Personalakte Nikolaus Wallner).

²⁶⁵¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 649.

²⁶⁵² StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08. – Die Akte StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646 enthält ein Memorandum der Schulverwaltung (Berichterstatter: Senator Heinrich Landahl) zum Thema „Zukunft der Lehrerbildung in Hamburg“, offensichtlich verfasst zur Berichterstattung vor dem Senat und in der Bürgerschaft.

als Einrichtung für die Einführung des Lehrernachwuchses in die Schul- und Unterrichtspraxis zwar schon zu Semesterbeginn am 1. Oktober 1945 eingerichtet und nahm seine praktische Arbeit 1946 auf, doch erfolgte die offizielle Begründung als wissenschaftliche Anstalt erst zum 1. Oktober 1947 und die feierliche Eröffnung am 11. November 1947. Das bis 1942 bestehende Institut für Lehrerfortbildung wurde unter seinem früheren Namen wiederhergestellt. Bezüglich der politischen Zuverlässigkeit der in der Lehrerbildung zu beschäftigenden Lehrkräfte sei ein besonders strenger Maßstab anzulegen, teilte die Militärregierung am 24. Dezember 1945 mit.²⁶⁵³ Gesetzlich geregelt wurde die Wiederherstellung der akademischen Volksschullehrerausbildung erst 1947, nachdem die britische Militärregierung das Schulwesen wieder in die Kompetenz der deutschen Behörden gegeben hatte.²⁶⁵⁴ Eine grundständige Ausbildung für das Lehramt an Hilfs- und Sonderschulen gab es zu dieser Zeit noch nicht. Die Ausbildung und erste Lehrerprüfung der Hilfsschullehrer erfolgte an der Universität in einem viersemestrigen Zusatzstudium nach der 2. Lehrerprüfung. Erst am 15. April 1948 erließ die Schulbehörde eine „Ausbildungsordnung für das Lehramt an Hilfsschulen“ und eine hierauf bezogene Prüfungsordnung.²⁶⁵⁵

Auf das durch harte Verhandlungen und gemeinsam mit kenntnis- und einflussreichen Verbündeten bisher Erreichte konnte der persönlich sehr bescheidene Fritz Köhne durchaus stolz sein, als er auf einer ersten „Schulkonferenz der britischen Besatzungszone“ vom 29. bis 30. August 1945 über die Hamburger Situation vier Monate nach dem Ende des Krieges referierte.²⁶⁵⁶ Bürgermeister Rudolf Petersen habe die endgültige Schließung der drei Lehrerbildungsanstalten verfügt, und diese hätten inzwischen ihre Arbeit eingestellt. Hamburg werde die Lehrerbildung wieder in die Universität Hamburg einbauen. Die der LBA II (Felix-Dahn-Straße) angeschlossenen Abiturienten-Lehrerbildungskurse würden in begrenztem Umfang

²⁶⁵³ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1902; StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-01; Fiege (1970), S. 141; Fiege (1986), S. 102.

²⁶⁵⁴ SPD-Gesetzentwurf als Voraussetzung für die später folgende Schulreform am 9.7.1947; am 27.9.1947 trat das Gesetz über die Ausbildung von Volksschullehrern und Gewerbelehrern in Kraft: HGes-uVoBl, 1947, Nr. 22, S. 57; siehe auch Tagespresse 10.–12.7.1947; Fiege (1970), S. 141; Tormin (1995), S. 154.

²⁶⁵⁵ StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: Ablieferung 2001/1, Schulchronik, S. 65.

²⁶⁵⁶ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4026-08; Zeidler (1974), S. 28–33.

fortgeführt und abgeschlossen, für Wehrmachtzurückkehrer würden besondere Ausbildungsmaßnahmen getroffen. Junglehrerinnen und Junglehrer, die durch den BDM und die HJ gegangen seien, würden in „Sonderlehrgängen, die von pädagogischen Persönlichkeiten Hamburgs getragen werden, einer vertieften Bildung und geistigen Aufrüttelung zugeführt“. Das Gewicht dieser Konferenz im großen Sitzungssaal der Schulverwaltung kam auch darin zum Ausdruck, dass Schulsenator Heinrich Landahl die Leitung übernahm. Er informierte die Versammlung über Arbeitsgemeinschaften und Kurse in den großen Gefangenenlagern in Schleswig-Holstein. Hamburg sei gebeten worden, Prüfungskommissionen dorthin zu entsenden, vor denen die Reifeprüfung und andere Prüfungen abgelegt werden könnten, habe das aber abgelehnt, weil das Vorhandensein einer vollwertigen vorherigen Ausbildung nicht habe festgestellt werden können.

Die Konferenz gab auch die Gelegenheit, allgemeine Erklärungen zur Situation abzugeben. So stellte der Bremer Senator Christian Paulmann als „Gegenwarterscheinung“ fest, der Lehrerberuf sei in Verruf geraten, der Stand umfasse heute zu viele Frauen und zu wenige Männer; während der männliche Nachwuchs fehle, sei der weibliche schlecht ausgebildet. Einen zusätzlichen Mangel an Lehrkräften hätten die politischen „Reinigungen“ zur Folge. Von den Schülern der Kriegsjugend- und Nachkriegsjugendgeneration hielt Oberschulrat Haase aus Hannover die Geburtsjahrgänge 1924 bis 1932, also die bei Kriegsende 13- bis 21-Jährigen, für am gefährdetsten und gefährlichsten, denn sie hätten ausschließlich eine nationalsozialistische Erziehung genossen.

Die mittlere Lehrergeneration der 28- bis 40-Jährigen hatte durch Kriegseinwirkung besonders gelitten, die Zahl der Kriegstoten dieser Jahrgänge war sehr groß. Angeregt durch die britische Militärregierung, die auf bewährte Umschulungsverfahren in England hinwies, erließ die Schulverwaltung im August 1946 einen Aufruf an Frauen und Männer zwischen 28 und 40 Jahren, also der Geburtsjahrgänge 1906 bis 1918, sich bei entsprechender Neigung und Eignung für eine einjährige Kurzausbildung zum Lehrerberuf zu melden. Voraussetzung war außer einer abgeschlossenen Berufsausbildung, dass die Bewerber nicht der NSDAP angehört hatten. Statt einer Aufnahmeprüfung hatten sich die Interessenten einem Aufnahmegespräch zu unterziehen, durch das eine Aufnahmekommission sich einen ersten Eindruck vom Bildungsniveau und von der persönlichen Eignung für den Lehrerberuf zu verschaffen suchte. Für die etwa 480 Absolventen, ein Vier-

tel derer, die sich gemeldet hatten, richtete die Schulverwaltung zwei Kurse zu je zwölf Arbeitsgruppen ein, die jeweils von einem Anleiter betreut und in die Unterrichtspraxis eingeführt wurden. Unter den Anleitern waren die Schulräte Wilhelm Dressel und Gustav Schmidt, Professor Rudolf Peter, die späteren Dozenten Paul Bruhn, John Barfaut und Fritz Stückrath, die spätere Schulrätin Julchen Bloom und der Studienrat Hellmut Hertling.²⁶⁵⁷

Knapp drei Viertel, etwa 300, der auf diese Weise für den Lehrerberuf Ausgebildeten wurden in den Hamburger Schuldienst übernommen, außerdem im Laufe dieser Monate etwa 800 Lehrende, die aus den deutschen Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone nach Hamburg geflohen waren und hier Aufnahme gefunden hatten.²⁶⁵⁸ Letztmalig wurde im September 1947 für 1948 ein einjähriger Sonderlehrgang für die Ausbildung zum Volksschullehrer vorgesehen für Menschen zwischen 28 und 35 Jahren, sofern sie nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen und Verbände angehört hatten. „Eine besondere Schulbildung wird nicht gefordert.“²⁶⁵⁹ Je mehr die Verhältnisse sich konsolidierten, notierte Kurt Zeidler einige Jahre später, desto geringer wurde die Wahrscheinlichkeit, auf diesem Wege aus anderen Berufen Interessenten für den Lehrerberuf zu gewinnen.²⁶⁶⁰

Das Berufspädagogische Institut (BPI), um dessen Existenz bis Kriegsende die Hamburger Instanzen mit dem Reichserziehungsministerium gerungen hatten, hatte das Kriegsende überdauert. Die Schulverwaltung sprach sich am 2. Juni 1945 in einem behördlichen Memorandum für den Fortbestand dieser Einrichtung aus und bezog sich in einem Rückblick auf die Geschichte der Gewerbelehrausbildung in Hamburg auf das 1930 begründete Gewerbekundliche Institut an der Universität Hamburg, das 1937 in die Hansische Hochschule für Lehrerbildung eingegliedert worden war, bevor seine Aufgaben 1941 vom BPI übernommen worden waren. Ab 1943 erfolgte am BPI auch die Ausbildung der Lehrer an Handelsschulen. 1945 wurden dort 120 Studierende zum Gewerbelehrer und 21 zum Lehrer an Handelsschulen ausgebildet. Angesichts eines weit über Hamburgs Grenzen hinausreichenden Einzugsgebiets war auch hier der Nachwuchsmangel besonders groß. Das BPI nahm zunächst am 1. Juni 1946 im Gebäude

²⁶⁵⁷ StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4034-50.

²⁶⁵⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 647; Zeidler (1974), S. 42; Fiege (1970), S. 141.

²⁶⁵⁹ Hamburger freie Presse 17.9.1947.

²⁶⁶⁰ Zeidler (1974), S. 42.

Binderstraße 34 seinen Betrieb wieder auf. Da dieses Schulhaus außerdem durch das Institut für Lehrerfortbildung, die Volkshochschule, mehrere Vereine und ein Theater benutzt wurde, musste ein Teil der Ausbildung dezentralisiert werden und fand in Schulen statt.²⁶⁶¹ Organisatorisch wurde das BPI im Zuge der Wiederherstellung der akademischen Lehrerbildung unter der Leitung von Fritz Blättner ab 1. Oktober 1945 in das entstehende Pädagogische Institut eingegliedert. Auch die berufspädagogische Ausbildung war somit wieder einbezogen in die Philosophische Fakultät der Universität Hamburg.²⁶⁶² Das Gebäude der früheren Talmud Tora Schule, Grindelhof 30, welches bis zur Kapitulation als Schulhaus des BPI gedient hatte, war von der britischen Militärregierung für Zwecke der Royal Air Force beschlagnahmt worden. Jetzt wurde es für die Aufnahme des Pädagogischen Instituts der Universität Hamburg vorgesehen, jedoch erst am 1. August 1947 den deutschen Behörden übergeben. In der Zwischenzeit wurde lediglich das Büro des BPI von der Binderstraße 34 hierher zurückverlegt.²⁶⁶³

Ein von der Militärregierung angeordneter Lehrgang für Geschichtslehrer aller Schularten mit Besichtigungen in Lüneburg und Lübeck fand vom 21. bis 31. August 1947 für 28 Lehrer und elf Lehrerinnen im Jugendhof Barsbüttel statt. Unter den Teilnehmern war der Rektor der Volksschule Kleine Freiheit, der künftige Landesschulrat Ernst Matthewes.²⁶⁶⁴

²⁶⁶¹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 5248 (Berufspädagogisches Institut 1945–1955).

²⁶⁶² StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4034-00 (Aufsicht über das Berufspädagogische Institut 1941–1946), Mitteilung von Oberschulrat Johannes Schult am 27.8.1945 an Regierungsoberschulrat Dr. Nölting (Hannover).

²⁶⁶³ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 189 Band 1 (Wiederherstellung von Berufsschulgebäuden 1943–1948).

²⁶⁶⁴ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1939 (Lehreraus- und Weiterbildung 1945–1962).

5.6 Rückgriffe auf die Zeit vor 1933: Die Problematik der „Reform“

Im Rückblick auf drei Jahrzehnte der Schulentwicklung kritisierte 1975 Kurt Zeidler, ein „Mann der ersten Stunde“ nach 1945, dass nach einer Phase des Wiederaufbaus Probleme der Schulstruktur viel zu sehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit und der Politiker getreten seien, flankiert von einer „Fetischisierung“ der Wissenschaft. Die Gestaltung von Schule als einer Bildungs- und Erziehungsstätte für junge Menschen sei dem Ziel eines „schulorganisatorischen Utopia“ geopfert worden, bei dem Erziehungswissenschaftler das große Wort führten, die selbst als Lehrer in der Praxis kaum tätig gewesen seien.²⁶⁶⁵ Zu dem Zeitpunkt, als der erfahrene Schulmann dieses Resümee zog, hatte die Bürgerschaft schon das Schulverfassungsgesetz von 1973 beschlossen, und auch hierzu brachte Zeidler gewichtige Einwände vor.²⁶⁶⁶ Zeidler plädiert dafür, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit des Wandels, die Grenzen des Machbaren und bewährte Spielregeln pädagogischen Handelns zu beachten. Er stellt damit zugleich die Frage, welchen Elementen der Gestaltung von Schule in dem kontinuierlichen Prozess von Kontinuität und Wandel der Vorrang eingeräumt werden soll. Vor diese Frage sahen sich nach Überwindung der schwersten Notstände, die das nationalsozialistische Regime hinterlassen hatte, in Hamburg der politisch verantwortliche Schulsenator Heinrich Landahl und die ihn tragenden politischen Kräfte gestellt. Bei ihren Ansätzen, Schule zu erneuern und zu verbessern, haben sie diese „Elemente“ durchaus unterschiedlich gewichtet.

Die Beibehaltung von Bewährtem, auch wenn es durch die nationalsozialistische Diktatur durchgesetzt wurde, wird im Bereich der Berufsschulen deutlich: Zentralisierung in großen Schuleinheiten, Fachklassenprinzip und Berufsschulpflichtigkeit haben den Einschnitt von 1945 überdauert, insofern hatten die Modernisierungsansätze seit 1933 Bestand. Im Schulbau

²⁶⁶⁵ Zeidler (1975), S. 123–127.

²⁶⁶⁶ Die Welt 20., 25. und 27.3.1971: Artikelserie Zeidlers zur Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes, in der er sich gegen den Schulleiter auf Zeit wendet. Siehe auch Westermanns Pädagogische Beiträge Nr. 9/1972 (September 1972); de Lorent (1992), S. 213–215.

hat der demokratisch gewählte Senat nicht nur den Stillstand des Nationalsozialismus überwunden, er ist – zumindest was die Zahl der Neubauten angeht – weit über die Schulbautätigkeit der Weimarer Republik hinausgegangen. Der wirtschaftliche Aufschwung seit der Währungsreform von 1948 ermöglichte es außerdem, das Schulgeld für weiterführende Schulen schrittweise abzubauen und – wenn auch nur für gut fünf Jahrzehnte – die Lernmittelfreiheit einzuführen, beides wichtige Elemente einer Modernisierung des Schulwesens, die zugleich dazu beitrugen, die Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten zu verbessern. Die „innere“ Erneuerung von Inhalten und im Umgang zwischen Lehrenden und Lernenden konnte nicht verordnet werden, sie war abhängig von der personellen Erneuerung der Kollegien und vollzog sich im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich. Noch schwieriger, weil in hohem Maße bezogen auf die Gesellschaft, in der Schule stattfindet und der sie dient, sind Kontinuität und Wandel der Werte einzuschätzen. Konsens bestand (und besteht) darüber, dass die Erziehungsvorstellungen und -praktiken des Nationalsozialismus in krassem Gegensatz zu denen einer demokratischen, pluralistisch strukturierten Gesellschaft stehen. Verbindlich sind für Schulen der Bundesrepublik Deutschland die Wertentscheidungen des Grundgesetzes, wie sie 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossen wurden. Die Grundgesetzartikel 1 bis 20 stehen im Zusammenhang einer Kontinuität, die über die Aufklärung hinaus bis zu den biblischen und philosophischen Quellen unserer Gesittung zurückreicht. Diese Wertentscheidungen haben aber nur Bestand, wenn sie sich von den Menschen jeder neuen Generation angeeignet werden. So stellte sich auch ein „Freundeskreis“ von Hamburger Lehrern, welche über die zwölf Jahre der Diktatur eine regelmäßige Verbindung aufrechterhalten hatten, im Juli 1946 die Frage: „Was können wir tun, um die Kinder wieder schulfähig zu machen?“ Welche Werte sollen die Schule, sollen die Erziehung tragen, wie kann die ethische Bildung erneuert werden?²⁶⁶⁷

Unterschiedliche Wege beschränkten Senat und Schulverwaltung in den zwei für das Schulwesen fundamentalen Bereichen Schulverfassung und Schulstruktur. Zu den wesentlichen Aufgaben der neuen Schulverwaltung gehörte es, das durch das nationalsozialistische Regime zerstörte Regelwerk eines Schulwesens, das zur Demokratie erziehen wollte und sollte,

²⁶⁶⁷ Mitteilungsblatt der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (im Folgenden: Mitteilungsblatt der GdF) Nr. 4/1946 (Juli 1946), S. 4: Rückblick auf die Genesis des Pädagogischen Ausschusses der GdF.

wiederherzustellen. Zwar knüpfte man jeweils an die Überlegungen, Konzepte und Regelungen an, die zwischen 1919 und 1933 gegolten hatten, doch trugen Behörde und Parlament bei ihren Entscheidungen zur Schulverfassung den durch den Kulturbruch des Nationalsozialismus eingetretenen Gegebenheiten Rechnung: Die Selbstverwaltung, zu der sich der Arbeiter- und Soldatenrat nach dem Ersten Weltkrieg kurz vor dem Zusammentritt der ersten frei gewählten Bürgerschaft hatte bewegen lassen und die diese dann sanktioniert hatte, wurde nur in eingeschränkter Weise wieder eingeführt. Lehrerkonferenz und Elternrat, Lehrerkammer und Elternkammer ermöglichen seitdem die Mitwirkung von zwei der an Schule beteiligten Gruppen, Schülerrat und Schülerkammer wurden erst zwei Jahrzehnte danach durchgesetzt, dann auch die Schulkonferenz als Vertretung aller drei an der Schule beteiligten Gruppen eingeführt. Durch eine neue Dienstanweisung wurden am 8. April 1946 entgegenstehende Bestimmungen des nationalsozialistischen Schulverwaltungsgesetzes vom 23. Juni 1933 außer Kraft gesetzt.²⁶⁶⁸ Der die Rechte der Eltern betreffende Teil eines künftigen Schulverwaltungsgesetzes wurde am 28. August 1946 durch eine vorläufige Verwaltungsanordnung der Schulverwaltung über Funktion und Kompetenzen des Elternrats festgelegt.²⁶⁶⁹ Am 10. April 1946 erließ der Alliierte Kontrollrat ein Betriebsrätegesetz, das für ein Jahrzehnt auch für die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen Gültigkeit erhalten sollte.²⁶⁷⁰

Nicht wieder aufgenommen wurde der vom Kollegium gewählte Schulleiter auf Zeit, obwohl zwei bewährte und einflussreiche Bildungsfunktionäre der wiederbegründeten GdF, Max Traeger und Richard Ballerstaedt, dieses verlangten. Ballerstaedt, der frühere Schulrat, SPD-Bildungspolitiker, kompromisslose Verfechter des Berufsbeamtentums und unerschrockene Vorkämpfer für die demokratische Republik, kann mit Fug und Recht als „Vater der Hamburger Selbstverwaltung“ bezeichnet werden.²⁶⁷¹ Aus sei-

²⁶⁶⁸ Gerber (1950), S. 200.

²⁶⁶⁹ Ebd., S. 201. – Vorausgegangen war ein SPD-Antrag in der Bürgerschaft über Elternvertretungen für die Schulen (Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 1946, S. 305).

²⁶⁷⁰ Rolf Steininger: England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 41–118, hier S. 87, weist darauf hin, dass die Mitbestimmungsregelungen dieses Betriebsrätegesetzes hinter den Positionen des Jahres 1920 zurückblieben.

²⁶⁷¹ Über Richard Ballerstaedt siehe Uwe Schmidt (1997), S. 105–108; ders. (1999), S. 520–525; ders.: Ballerstaedt, Richard, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Band 2, Hamburg 2003, S. 36–38 und die dort angegebene Literatur.

nen persönlichen Erfahrungen mit autoritären Schulleitern seiner Junglehrerzeit hatte Ballerstaedt, der selbst nie Schulleiter war, einen „Anti-Schulleiter-Komplex“ in die Thematik der Selbstverwaltung eingebracht, den er dank der Kraft, Ausstrahlung und Integrität seiner Persönlichkeit auf seine Kollegen innerhalb der GdF zu übertragen verstand. Der bei Kriegsende 72 Jahre alte Ballerstaedt knüpfte in seinen schulpolitischen Zielsetzungen dort wieder an, wo die nationalsozialistische Diktatur ihn gezwungen hatte abzubrechen. Einflussreich in der Schulverwaltung war der 1945 neu ins Amt gekommene Oberschulrat Heinrich Schröder, der als Lehrer am Christianeum in preußischen Regelungstraditionen aufgewachsen war. Schröder setzte sich vehement für die Nominierung der Schulleiterkandidaten durch die Schulbehörde ein, da die „Zahl der Persönlichkeiten für leitende Posten sehr gering“ sei,²⁶⁷² und plädierte in einem längeren Memorandum für die lebenszeitliche Bestellung des Schulleiters nach Probezeit sowie Stellungnahme des Kollegiums und des Lehrerbetriebsrates. Dieses Verfahren habe sich nach dem Krieg aufs Beste bewährt und entspreche der geltenden Besoldungsordnung. Die Schulbehörde könne dadurch, dass sie bewusst fortschrittliche und republikanisch gesonnene Lehrer zu Schulleitern vorschlage, dazu beitragen, dass nicht Gegner der Schulreform Schulleiter würden. Wahlregelungen auf Zeit gefährdeten die für eine sachliche und objektive Amtsführung unverzichtbare Unabhängigkeit des Schulleiters. Statt des sachlich und pädagogisch geeigneten werde der gewerkschaftlich zuverlässige und in diesem Bereich aktive Bewerber bevorzugt werden.²⁶⁷³

Die Anforderungen an Schulleiter nach 1945 waren andere geworden als in den relativ überschaubaren Volksschulen der Weimarer Republik. Wer jetzt die Verantwortung für eine Schule auf sich nahm, musste sich erst einmal ein Netz von Beziehungen und Verbindungen aufbauen – von Kontakten zu den unterschiedlichsten Behörden und Institutionen, die dazu beitragen konnten, die Zerstörungen am Gebäude zu beheben, den Schülern und Lehrern zu helfen, die Absprachen über den Schichtunterricht alltagsgeeignet zu machen, und vieles andere. Nur ein längerfristig eingesetzter, unabhängiger Schulleiter konnte die Fülle der anstehenden Aufgaben bewältigen, und das waren die Gründe, warum die Kontinuität früherer Regelungen verlassen wurde. Was 1919 zur Wiederbelebung und Weiterent-

²⁶⁷² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 382, zum Datum 22.9.1950.

²⁶⁷³ Ebd., zum Datum 5.10.1950.

wicklung des Schulwesens notwendig und hilfreich gewesen war, hätte 1945, als es darum ging, die Schulen überhaupt erst einmal funktionsfähig zu machen, mehr Schaden als Nutzen angerichtet und die Wiederaufrichtung und Modernisierung des Schulwesens behindert. Wer dennoch auf der Wiedereinführung der alten Regelung bestand, handelte gegen die existentiellen Erfordernisse der Jetztzeit und musste sich daher den Vorwurf des Anachronismus und der Regression gefallen lassen.²⁶⁷⁴ Der von den Gremien der Schule gewählte Schulleiter auf Zeit während der Jahre 1973 bis 1987 blieb Episode. Überfrachtet wurde seine Einführung in einer bildungspolitischen Aufbruchstimmung mit der Erwartung, so sei eine „Demokratisierung“ der Schule zu erreichen. Übersehen wurde, dass das Tätigkeitsfeld des Schulleiters durch eine stetige Aufgabenverdichtung und Funktionsausweitung immer mehr zu einem „Beruf“ geworden war.²⁶⁷⁵

Mit ihrem vier Jahre nach Kriegsende vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Hamburger Schulwesens griffen Schulsenator Heinrich Landahl und Landesschulrat Ernst Matthewes auf die Konzeption des Hamburger Pädagogen und Schulpolitikers Anton Réé (1815–1891) zurück, der 1866, vier Jahre vor dem Bürgerschaftsbeschluss über das Unterrichtsgesetz von 1870, eine „Allgemeine Volksschule“ als ein einheitliches Schulsystem gefordert hatte, das allen Kindern und Jugendlichen ermöglichen sollte, eine ihrer Begabung entsprechende Bildung unabhängig von ihrer sozialen Stellung und den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Eltern zu erwerben.²⁶⁷⁶ Die Zielsetzung der „Einheitsschule“ wurde nach 1870 von der Hamburger Schulsynode und der sie dominierenden Mehrheit der

²⁶⁷⁴ Die Hauptversammlung der GdF folgte am 25.10.1948 den von Richard Ballerstaedt entwickelten Leitsätzen zur Selbstverwaltung der Schulen: ehrenamtlicher Schulleiter auf drei Jahre, Schulrat auf sechs Jahre, schulformenübergreifende Schulaufsicht, Wahl des Landesschulrats durch das Schulrätekollegium. Diese Leitsätze wurden auch in den am 22.3.1950 vom Landesverband Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vorgelegten Entwurf zum Schulverwaltungsgesetz aufgenommen (Schulleiterwahl für drei Jahre durch das Kollegium und Vertreter des Elternrats, ehrenamtliche Amtsausübung). Den Entwurf stellte Ballerstaedt am 24.4. und 8.5.1950 der GEW-Hauptversammlung vor, die ihn am 19. und 26.6.1950 billigte (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 383; HLZ Nr. 6/1950, S. 27; de Lorent [1992], S. 166–169).

²⁶⁷⁵ Hierzu aus der Sicht der 1970er Jahre: Rudolf Scharnberg: Der Beruf des Schulleiters, in: Westermanns Pädagogische Beiträge Nr. 2/1972 (Februar 1972), S. 479–490.

²⁶⁷⁶ Fiege (1970), S. 146. – Zu Anton Réé siehe Ina Lorenz: Réé, Anton, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Band 2, Hamburg 2003, S. 336–337 und die dort angegebene Literatur.

Volksschullehrer und ihrer Standesorganisation, der GdF, aufgegriffen und zugleich instrumentalisiert für den sozialen Aufstieg dieser Lehrergruppe. Da sich mit der Forderung der „Einheitsschule“ – im Detail vielfach unklar und widersprüchlich – zugleich die Lehrer der höheren Schulen und ihre Standesvertretung, der Verein der Oberlehrer an den höheren Staatsschulen Hamburgs, angegriffen sahen, erlebte Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg eine erste Phase strukturpolitischer Auseinandersetzungen,²⁶⁷⁷ die ohne klares Ergebnis während der Weimarer Republik weitergeführt und mit den als „Schulreform“ bezeichneten Strukturveränderungen von 1949 wieder aufgenommen wurden. In diesen Kontext gehört auch die Kontroverse um die Durchsetzung der Gesamtschule nach 1970, und als eine Spätblüte mag die pauschalierende Bewertung des gegliederten, also anders als die „Einheitsschule“ strukturierten bundesdeutschen Schulwesens durch einen UN-Beauftragten im Februar 2006 angesehen werden.²⁶⁷⁸

Am 2. Oktober 1945, als die Oberschulen wiedereröffnet wurden, wurde bekannt, dass die Schulverwaltung bereits einen „Reformplan“ vorbereitet und diesen auch bereits „vor einigen Wochen“ mit einer Gruppe um den jetzt in Hannover tätigen früheren preußischen Kultusminister Adolf Grimme auf einer Sitzung in Marienau (bei Lüneburg) durchgesprochen habe.²⁶⁷⁹ Damit wurde eine vier Jahre andauernde, immer heftiger werdende öffentliche Diskussion über die Verlängerung der Grundschule und die Verkürzung der höheren Schule um die beiden Eingangsjahre eröffnet.²⁶⁸⁰ Im Rahmen der Haushaltsberatungen der noch amtierenden ernannten Bürgerschaft forderte Richard Ballerstaedt am 4. Oktober 1946 eine Schulreform mit sechsjähriger Grundschule. Die gleiche Forderung erhob das Schulprogramm der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (ASL), einer

²⁶⁷⁷ Hierzu siehe Uwe Schmidt (1999), S. 101–109.

²⁶⁷⁸ Süddeutsche Zeitung 22.2.2006, S. 4: „Prüfung nicht bestanden. Der Bericht des UN-Beauftragten über die Bildungsmisere in Deutschland ist alarmierend“.

²⁶⁷⁹ Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Kopie des Manuskripts, S. 135 (StAHH, 731-1 Handschriftensammlung: Nr. 2912). – Adolf Grimme (1889–1963) war von 1930 bis 1932 preußischer Kultusminister gewesen und arbeitete 1945 als Regierungsdirektor in Hannover. Grimmes pädagogische Konzeptionen waren Teil einer ganzheitlichen, christlich-ethischen Weltanschauung und liefen auf die Einebnung der Schulformen durch eine Einheitsschule hinaus (Hans-Michael Elzer: Begriffe und Personen aus der Geschichte der Pädagogik, hg. von Franz Joachim Eckert und Klaus Lotz, Frankfurt am Main u. a. 1985, S. 177).

²⁶⁸⁰ Siehe über diese Auseinandersetzung im Detail: Uwe Schmidt (1999), S. 471–489.

Unterorganisation der SPD.²⁶⁸¹ Die zweieinhalbjährige Auseinandersetzung um dieses Thema erreichte einen ersten Höhepunkt, als am 3. Mai 1949 der Senat der Bürgerschaft seinen Gesetzentwurf zur Schulreform zuleitete.²⁶⁸² Dieses Gesetz sah zunächst eine quasi mechanische Veränderung der Schulstrukturen vor, der die pädagogische Ausfüllung erst noch folgen sollte. Mit einem gleichgerichteten Programm von zehn „Leitsätzen“ der gerade als Berufsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen wiederbegründeten GdF hatten sich die Kollegien der Oberschulen bereits im Juli 1946 befasst.²⁶⁸³ Die in der GdF organisierten Lehrerinnen und Lehrer der Oberschule, zu diesem Zeitpunkt die Hälfte aller Pädagogen aller Oberschulen, lehnten die in diesen Leitsätzen verankerte sechsjährige Grundschule am 9. Juli 1946 ab.²⁶⁸⁴ Auch wenn die Sozialdemokraten 1946 die bei weitem stärkste Fraktion der Bürgerschaft stellten und auf Grund der Wahl nach dem Verhältniswahlrecht 1949 sogar die absolute Mehrheit erreichten, regierten sie dennoch am erkennbaren Willen der pädagogisch und bildungspolitisch interessierten Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorbei, als sie die sechsjährige Grundschule und damit die Verkürzung des Gymnasiums um zwei Jahre erzwangen. Da gesicherte empirische Daten nicht vorliegen, hat fast 50 Jahre später Thomas John in seiner Magisterarbeit²⁶⁸⁵ die Wahrnehmung der Zeitgenossen (unter ihnen Senator Heinrich Landahl, Landesschulrat Ernst Matthewes und der spätere Direk-

²⁶⁸¹ Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 1946, S. 404–405; Tormin (1994), S. 165.

²⁶⁸² Hierzu siehe ausführlich Uwe Schmidt (1999), S. 471–497.

²⁶⁸³ StAHH, 362-2/16 Oberrealschule Eppendorf: 48 (Protokolle über Lehrerkonferenzen 1941–1989), Eintrag vom 3.7.1946; StAHH, 362-2/2 Oberrealschule vor dem Holstentor: Ablieferung 2001, Mitteilungsbuch des Albrecht-Thaer-Gymnasiums Januar 1934 – Dezember 1947, S. 487, Eintrag zum 1.7.1946: Der Vorsitzende der GdF-Fachschaft Höhere Schulen, Johann Helbig, bittet das Kollegium um Stellungnahme zu den zehn Leitsätzen, die den Neuaufbau des Schulwesens betreffen. Das Thema soll Gegenstand einer Lehrerkonferenz am 5.7.1946 sein.

²⁶⁸⁴ Mitteilungsblatt der GdF Nr. 4/1947 (Juli 1947). Siehe hierzu auch den vom Fachschaftsvorsitzenden Johann Helbig am 9.9.1946 erstatteten Rechenschaftsbericht (StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 9; Mitteilungsblatt der GdF Nr. 4/1947 [Juli 1947], S. 4, und Nr. 6/1946 [September 1946], S. 4. – Mit der Absicht der Verlängerung der Grundschule um zwei Jahre befasste sich die Fachschaft in zwei Sitzungen. Auf Grund einer Befragung der Kollegien lehnte die Fachschaftsversammlung eine sechsjährige Grundschule ab. Die Lehrerschaft der höheren Schulen erhob den Anspruch, „bei Fragen der Umgestaltung des höheren Schulwesens maßgeblich gehört zu werden“.

²⁶⁸⁵ Vgl. Thomas John: Wahlkampf und Bürgerschaftswahlen 1953 in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 83 (1997), S. 205–236, hier S. 229.

tor des Instituts für Lehrerfortbildung, Hans-Joachim Reincke) über die Wahlniederlage der SPD bei der Bürgerschaftswahl von 1953 so zusammengefasst, dass „die Frage der Grundschuldauer wesentlich zum bürgerlichen Wahlerfolg beigetragen haben“ dürfte. Die verordnete „Reform von oben“ war – anders als es in erziehungswissenschaftlichen Beiträgen zu dieser Thematik bis in die jüngste Zeit dargestellt wird²⁶⁸⁶ – weder Ausdruck „innerer Reform“ noch wurde diese durch die vier Jahre später erfolgte Wiederherstellung des neunjährigen gymnasialen Durchgangs verhindert. Wenn „Demokratisierung“ zu tun hat mit dem Respekt vor den Überzeugungen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, wird die These fragwürdig, die „Schulreform“ von 1949 sei Ausdruck eines „ernstzunehmenden Demokratisierungswillens“ gewesen.²⁶⁸⁷

Die Herausgeber des 1998 erschienenen *Handbuchs der deutschen Reformbewegungen 1880–1933* haben deutlich gemacht, dass der Terminus „Reform“ schon nach dem Ersten Weltkrieg zu einem politischen Verheißungsbegriff im Parteiengerangel wurde.²⁶⁸⁸ Schon darum ist seine einseitige Besetzung durch Exponenten bestimmter schulpolitisch bestimmter Positionen²⁶⁸⁹ abzulehnen, die vor allem den Zweck verfolgen, eigene Ziele durch eine Identifikation mit „fortschrittlichen“ Vorbildern historisch zu legitimieren. Keine bildungsgeschichtliche Epoche wird von der Aufgabe entbunden, eine kritische Abwägung zwischen dem Erhaltenswerten und Erhaltensnotwendigen auf der einen Seite und dem Erneuerungs- und Ver-

²⁶⁸⁶ Reiner Lehberger: Die Hamburger Schulreform von 1949, in: Zwischen Restauration und Innovation. Bildungsreformen in Ost und West nach 1945, hg. von Manfred Heinemann, Köln u. a. 1999, S. 17–35, hier S. 17–19. Über die „Schulreform“ von 1949 zuletzt: Björn Böbling: Die Auseinandersetzung um das Hamburger Schulsystem 1949–1954, Staatsexamensarbeit (Geschichtswissenschaft), ms., Hamburg 2004.

²⁶⁸⁷ Vermutlich geht die vordergründige Bindung der Grundschulverlängerung an den Terminus „Demokratisierung“ auf die Kontrollratsdirektive Nr. 54 vom 25.6.1947 zur „Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland“ zurück. Danach sollte der Pflichtschulbesuch bis zum 15. Lebensjahr in einem zusammenhängenden Bildungssystem (*comprehensive educational system*) stattfinden (Fuchs [2003], S. 14–15).

²⁶⁸⁸ Kerbs/Reulecke: Vorwort (1998), S. 7; dies.: Einleitung (1998), S. 15–16. Auf die Literaturangaben dieses Handbuches beziehen sich auch die nachfolgenden Fußnoten.

²⁶⁸⁹ Hier sind zum Beispiel die Herausgeber des 1990 erschienenen Sammelbandes *Hamburg, Stadt der Schulreformen* (1990) zu nennen (vgl. die von Peter Daschner und Reiner Lehberger verantwortete Einleitung, S. 7–9). Demgegenüber weist Jürgen Oelkers auf die Kontinuität der Reformmotive seit der Reformation hin und zieht die Schlussfolgerung: „Pädagogik ist immer Reformpädagogik gewesen“ (ders. [1989], S. 35).

änderungsbedürftigen auf der anderen Seite vorzunehmen. Diese Abwägung verbietet geradezu improvisierte „Reformen“, die schnell gehen sollen und nicht beachten, dass eine Schule, wenn sie für die ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler etwas erreichen will, eine regelhafte Institution ist, die sich nur langsam verändern kann. Die „Schulreform“ der ersten Nachkriegsgeneration von Schulpolitikern ist also kein Glanzstück gewesen, an dem sich spätere Reformer orientieren könnten.

5.7 „Reeducation“ in den Schulen

Die Vorhaben der britischen Militärregierung sind im Rahmen ihrer Ziele zu sehen.²⁶⁹⁰ Die geistigen Grundlagen, auf denen der Nationalsozialismus und der nach Auffassung der Militärregierung aus ihm zwanghaft erwachsene Militarismus beruhte, sollten vollständig beseitigt werden, wofür kein Aufwand gescheut werden sollte. Eine geistige Erneuerung sollte stattfinden, eine Art „erzwungener Gesundung“, und diese war nur möglich, wenn auf das Gegenteil des Beabsichtigten zielende Inhalte aus dem schulischen Unterricht ausgemerzt wurden: die Verherrlichung des Krieges, wozu auch die Behandlung der Kriegsgeographie gehörte, die Wiederbelebung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Ideologie, Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer Rasse oder Religion und schließlich die Verunglimpfung der Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen.²⁶⁹¹ Das Genannte zu überwinden war Inhalt der „Reeducation“, der Umerziehung. Sie stand unter der Regie der Militärregierung, musste aber von deutschen Lehrerinnen und Lehrern in die Praxis umgesetzt werden.

Im Dienste der Reeducation im weitesten Sinne standen die Ausschüsse deutscher Lehrerinnen und Lehrer, die bald nach der Kapitulation mit ihrer Arbeit begannen. Die im Wiederentstehen begriffene GdF bildete schon im Juni 1945 einen Ausschuss für die Grundschule, der eine Eingabe an die Schulverwaltung leitete,²⁶⁹² etwa zur gleichen Zeit wurde ein Lehrerbildungsausschuss eingesetzt.²⁶⁹³ In der ersten regulären Sitzung des neuen Gesamtvorstandes nach der Wiederbegründung der GdF am 16. Oktober 1945 wurde aus Fachschaften und Ausschüssen berichtet und ein Vertrauensausschuss eingesetzt.²⁶⁹⁴ Lehrer der Oberschulen, die nicht der NSDAP angehört hatten, trafen aus eigenem Impuls erstmalig am 11. Juni 1945 in der Eppendorfer Privatwohnung eines Kollegen zusammen und hielten danach bis zum Jahresende noch sieben weitere Sitzungen ab, in denen sie die Wieder-

²⁶⁹⁰ Reichel/Schmid (2005), S. 23.

²⁶⁹¹ Katalog nach Berlin (1989), S. 211.

²⁶⁹² StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646.

²⁶⁹³ StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 14 Band 1, Unterakte 1945.

²⁶⁹⁴ StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 9.

aufnahme des Unterrichts der Oberschulen vorbereiteten. In fachbezogenen Arbeitsgruppen wurden fächerbezogene Lehrpläne aufgestellt und wurde ein Notprogramm für das Übergangshalbjahr von Herbst 1945 bis Frühjahr 1946 entworfen. Durch die Person Peter Meyers wurde die Verbindung auch zu der im Entstehen begriffenen Lehrerorganisation GdF hergestellt.²⁶⁹⁵ Die Schulverwaltung regte die Gründung weiterer Arbeitskreise für Lehrerinnen und Lehrer an und unterstützte ihre Aktivitäten. Ein Gesprächskreis über weltanschauliche und ethische Grundfragen wurde am 24. Dezember 1945 vom Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg angeboten,²⁶⁹⁶ eine „Neusprachliche Arbeitsgemeinschaft der Lehrer an den Höheren Schulen Groß-Hamburgs“ im Februar 1946 gegründet.²⁶⁹⁷ Die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft für den Lateinunterricht kündigte Oberschulrat Heinrich Schröder am 19. Juni 1947 an, als er vor den Lateinlehrern aller höheren Schulen über das Thema „Wie kann die Anfangslektüre im Lateinischen zum Sprachdenken erziehen?“ sprach.²⁶⁹⁸

Angesichts der Zielsetzung der „Reeducation“ kam dem erneuerten Geschichtsunterricht ein erhebliches Gewicht zu. Aber gerade dieser Unterricht bereitete nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur und der Präferenz, die der Nationalsozialismus gerade diesem Fach gegeben hatte, besondere Probleme: Es gab nicht so etwas wie ein Geschichtsbild, an dem Lehrer sich hätten orientieren können, keine geeigneten Geschichtsbücher und schließlich auch keine geeigneten Lehrer für dieses Fach in genügender Zahl.²⁶⁹⁹ Vor einer Versammlung von Volksschullehrern entwickelte Oberschulrat Kurt Zeidler die Grundlinien eines neuen Geschichtsunterrichts, die den Direktiven der Militärregierung entsprachen: nicht kriegerische Auseinandersetzungen und die auf sie folgenden territorialen Veränderungen, nicht die Persönlichkeiten von Herrschern und Feldherren

²⁶⁹⁵ Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Kopie des Manuskripts, S. 75 (StAHH, 731-1 Handschriftensammlung; Nr. 2912). – Erst später traten Gesichtspunkte des eigenen Fortkommens mehr in den Vordergrund: So herrschte in der 5. Sitzung am 11.10.1945 eine „explosive“ Stimmung, weil sich mehrere Anwesende bei der Besetzung der leitenden Stellen übergegangen fühlten.

²⁶⁹⁶ StAH 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 14 Band 1.

²⁶⁹⁷ Mitteilungsblatt der GdF Nr. 1/1947 (April 1947).

²⁶⁹⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 648.

²⁶⁹⁹ Oberschulrat Heinrich Schröder am 9.5.1947 (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1000 [Lehrpläne für den Geschichtsunterricht 1946–1969]).

sollten vermittelt werden, statt dessen die Lebensbilder von Menschen, die sich um das Wohl der Menschheit verdient gemacht hatten. Die Welt der einfachen Menschen sollte in den Mittelpunkt rücken, weltgeschichtliche Zusammenhänge und aktuelle Geschehnisse. Man saß in einem Raum, durch dessen teilweise unverglaste Fensterhöhlen kühle Herbstluft hereinströmte, winterlich verummt und doch voller Aufmerksamkeit und Interesse. Selbstkritisch merkt Zeidler an, es sei leichter, allgemeine Perspektiven aufzuzeigen, als die neuen Absichten didaktisch und methodisch zu durchdringen und zu gestalten.²⁷⁰⁰ Ein Lehrplan, der diese Ziele verfolgte, galt ab Ostern 1946.

Ab Januar 1946 durfte in den Oberschulen zwar Geschichte unterrichtet werden, jedoch war zunächst nur Unterricht über antike Geschichte gestattet. Ein Interimsplan nannte als Zielsetzung, das einseitig rassistische, nationalistische und militaristische Geschichtsbild des Nationalsozialismus „restlos zu zerstören“ und geschichtliche Ereignisse wieder so darzustellen, „wie sie eigentlich gewesen sind“.²⁷⁰¹ Erdkunde sollte nach dem Lehrplan der Volksschule erteilt, Karten durften nur verwendet werden, wenn sie keine Ländergrenzen zeigten.²⁷⁰² Ein halbes Jahr später erteilte die Schulverwaltung die Anweisung, „den Geschichtsunterricht gegenwartsbezogen zu gestalten“.²⁷⁰³ Mit erheblichem – zweifellos durch die Sachlage bedingten – Zeitverzug kündigte die Schulverwaltung am 20. Februar 1946 eine Arbeitsgemeinschaft zur Wiederaufnahme des Geschichtsunterrichts an, die sich besonders mit der Gegenwartsgeschichte und aktuellen Fragen beschäftigen werde.²⁷⁰⁴ Am 11. April 1947 wurden Oberschulrat Heinrich Schröder und zwei weitere Kollegen von Senator Heinrich Landahl beauftragt, in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Ausschüssen beim höheren Schulwesen, beim Berufsschulwesen und bei der GdF bis Ende April 1947 einen Plan für den Geschichtsunterricht vorzulegen,²⁷⁰⁵ und am 29. August 1947 setzte die Schulbehörde unter Schröders Vorsitz einen Aus-

²⁷⁰⁰ Zeidler (1974), S. 33–34; ders. (1975), S. 103–104.

²⁷⁰¹ Berlin (1989), S. 223.

²⁷⁰² Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule.

²⁷⁰³ Ebd., zum Datum 5.7.1946.

²⁷⁰⁴ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 648.

²⁷⁰⁵ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1000.

schuss für Lehrpläne für Geschichte in den höheren Schulen ein.²⁷⁰⁶ Gegen die vom neuen Landesschulrat Ernst Matthewes vertretene Konzeption eines volkstümlichen Geschichtsunterrichts wendete sich am 25. April 1947 eine Versammlung von Geschichtslehrern der Oberschulen, offensichtlich, weil ein solches Konzept dem Bildungsauftrag ihrer Schulform nicht genügte.²⁷⁰⁷

Angesichts der enormen Schwierigkeiten, die sich für die thematische Arbeit auftraten, müssen die Verantwortlichen das bevorstehende Jubiläumsjahr 1948 geradezu als einen rettenden Ausweg empfunden haben: Im Oktober 1947 kündigte die Schulbehörde an, im Geschichtsunterricht des Winterhalbjahres 1947/48 sollten ausschließlich die Revolution von 1848 und ihre Vorgeschichte seit 1789 behandelt werden.²⁷⁰⁸ Mit der Umsetzung wurde wiederum Heinrich Schröder beauftragt,²⁷⁰⁹ der bereits am 6. November den Oberschulen den Geschichtslehrplan zur Behandlung des Revolutionsjahres 1848 zuleitete²⁷¹⁰ und mit zwei Vorträgen im Institut für Lehrerfortbildung die Lehrerinnen und Lehrer in die Thematik einführte. Zusammen mit zwei Kollegen, unter ihnen Fritz Köhne, entwarf Schröder einen Mustertext für die Gestaltung der schulischen 1848er-Feiern am 17. Mai 1948, in deren Zentrum Freiheit, Einheit und die Grundrechte stehen sollten. Seinen besonderen Sinn erhalte der Vergleich von 1848 und 1948 durch die übereinstimmende Aufgabe, ein „freies und einiges Deutschland als demokratischen Rechtsstaat aufzubauen“. Obwohl die behördlichen Anweisungen vor langatmigen akademischen Feiern warnten und eine aktive Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler anregten, wurde das Engagement Schröders in den Schulen auch als Übereifer empfunden. Die Schulleiterin der Klosterschule, Alice Pollitz, machte die Schulbehörde zur Thematik 1848 darauf aufmerksam, dass die Schülerinnen empfindlich seien gegenüber allem, was an nationalsozialistische Feiern anklingen könnte.²⁷¹¹

²⁷⁰⁶ Ebd.

²⁷⁰⁷ StAHH, 612-5/20 GdF/GEW: 14 Band 1. – Dagegen vermutet Jörg Berlin (ders. [1989], S. 228), die Versammlung habe vor allem ihre Ablehnung der sechsjährigen Grundschule zum Ausdruck bringen wollen.

²⁷⁰⁸ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 648; Berlin (1989), S. 230–234.

²⁷⁰⁹ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1000.

²⁷¹⁰ StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2653.

²⁷¹¹ StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 221, zum Datum 29.5.1948.

Am 23. September 1948 erließ die Schulbehörde „Richtlinien für die im Geschichtsunterricht der höheren Schulen zu behandelnden Themen“, die wiederum von Oberschulrat Heinrich Schröder verfasst waren. Ihnen folgten Richtlinien für den Geschichtsunterricht der Klassen 11 und 12 mit Literaturangaben.²⁷¹²

An anderer Stelle dieser Untersuchung wurden unter Bezugnahme auf Norbert Frei vier Phasen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unterschieden, in die auch die Lehrenden an den Schulen einbezogen waren und sind. Sie entsprechen auch den Phasen der Reeducation: Entnazifizierung, Verdrängung, Vergangenheitsbewältigung und Vergangenheitsbewahrung, verbunden mit der Frage, „welche Erinnerung an diese Vergangenheit künftig bewahrt werden soll“.²⁷¹³ Noch leben Menschen, welche die nationalsozialistische Diktatur als Kinder oder Jugendliche erlebt und erlitten haben. Ihre Reaktionen auf die Behandlung des Nationalsozialismus in der Literatur sind unterschiedlich, gelegentlich auch heftig, wenn sie mit den eigenen Jugenderinnerungen nicht im Einklang stehen. Reeducation ist demnach ein auch über sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch nicht abgeschlossener Langzeitprozess.

²⁷¹² Berlin (1989), S. 236–239. – Die Ausführungen Berlins über die Reaktionen der Empfänger sind sehr punktuell und beruhen in Bezug auf deren politische Einstellung weitgehend auf Spekulation. Richtig ist vermutlich daran nur, dass Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, die bis 1945 Geschichtsunterricht erteilt hatten, nicht eine solche „klare und unzweideutige demokratische Haltung“ hatten, wie sie der später geborene Lehrer Jörg Berlin für selbstverständlich hält.

²⁷¹³ Frei (2004).